Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße Nr. 50/52,** und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **Mk. 1.60.** Monatlich **55** Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** — **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr Vormittags,** größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 31. | **Sonnabend, den 6. Februar 1904** | 11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Sozialobstruktion.

Seit Tagen und Wochen wird im Deutschen Reichstage von der Sozialreform gesprochen, und Wochen und Tage wird man über das Thema noch weiter sprechen. Ein Fremdling, der in den parlamentarischen Verhältnissen unseres Landes nicht bewandert ist, müßte glauben, daß der Reichstag eben daran sei, über ein großes sozialpolitisches Gesetzeswerk zu beschließen und wenn er gar als Ohrenzeuge der leidenschaftlichen Heftigkeit gewahr würde, mit der die Arbeiterfeinde der Rechten gegen dieses große Unbekannte wüten, so würde er ganz gewiß zu der Ueberzeugung gelangen, daß große gewaltige Fragen der Gesetzgebung unmittelbar vor der Entscheidung ständen.

Aber ach! Die einzige unmittelbar wirksame Entscheidung, die aus diesen wechselvollen, bald öden, bald stürmischen, bald aufregenden, bald langweiligen Debatten hervorgehen soll, dreht sich darum, ob dem Reichsamt des Innern für das Jahr 1904 die Mittel seines Unterhalts gewährt werden sollen oder nicht. Und kein Mensch — auch der nicht, den die Sache am nächsten angeht, Graf Posadowsky — ist über den Ausfall dieser Entscheidung einen Augenblick in Zweifel gewesen. Wenn ein fallender Apfel in der Luft stecken bliebe, so würden sich unsere Minister nicht mehr darüber verwundern, als wenn ihnen der bürgerliche Parlamentarismus einmal die Gelder verweigern würde.

Der Zweck dieser weitschweifenden Erörterungen ist also keineswegs, alle Gründe und Gegengründe anzuführen, die für das Zustandekommen eines Gesetzesbeschlusses von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Nun ist der Reichstag allerdings auch in der Lage, bei Gelegenheit der Etatberatung noch mehr zu beschließen als das eine, ob die Beamten im nächsten Jahre ihr Gehalt bekommen sollen oder nicht. Seit Jahren hat sich, namentlich bei der Beratung des Etats des Innern, der Brauch eingebürgert, daß zu den einzelnen Etatspositionen, besonders zum Kapitel „Gehalt des Staatssekretärs“, Anträge eingebracht werden, dahingehend, der Reichstag wolle beschließen, die Regierungen seien aufzufordern, eine Gesetzesvorlage einzubringen, durch die irgend eine bestimmte Materie geregelt wird. Es sind das die sogenannten „Resolutionen“, deren reichste Ernte uns die diesjährige sozialpolitische Hochsaison bescheren will.

Die Resolution ist an und für sich ein Auskunftsmittel der parlamentarischen Verlegenheit. Sie ist ein Initiativantrag, der in der Enge der parlamentarischen Geschäftslage zu einer bloßen akademischen Anregung verkrüppelt ist. Die Beschlußfassung über einen ausgearbeiteten Initiativantrag ist ein tüchtiges und gesundes Stück parlamentarischer Arbeit. Sie zwingt die einzelnen Parteien nicht blos einem „Prinzip“ zuzustimmen, das dann in der Ausführung tausendfach durchlöchert werden mag, sondern sie nötigt sie auch, in allen Einzelheiten ihren guten Willen und die Ehrlichkeit ihrer Versprechungen zu beweisen. Die Regierungen bekommen ein fertig ausgearbeitetes Gesetz in die Hand und sie werden diesem, sofern sie ihre Aufgabe richtig erfassen, ihm nur in Fällen der zwingendsten Art ihre Zustimmung versagen. Müßten sie sich doch sonst — die Ernsthaftigkeit unseres bürgerlichen Parlamentarismus vorausgesetzt — andernfalls darauf gefaßt machen, daß auch ihnen hinwiederum der Reichstag ihre wichtigsten Vorlagen ablehnt und ihnen ebenso das Regieren unmöglich macht, wie sie es dem Reichstage unmöglich machen, die Früchte einer gesetzgeberischen Initiative zu pflücken.

Ein solcher Zustand besteht aber im Reiche nicht und seine Schilderung ist nichts als die Utopie des Gegenwartsstaates. Seine Wirklichkeit aber ist die Resolutionswirtschaft.

Die Resolution fordert die Regierungen zur Einbringung einer bestimmten Gesetzvorlage auf. Die Regierungen sind aber nicht gehalten, diese Resolution anders zu behandeln als die Gesuche eines sich wichtig dünkenden Kriegervereins oder eines Querulanten. Das Recht, dem Kanzler und dem Bundesrat irgend einen Wunsch vorzutragen, ist kein Vorrecht des Deutschen Reichstags. Nichts hindert den Gemeinderath von Krähwinkel dasselbe zu tun. Ein Unterschied besteht nur darin, wenn der Reichstag zu zeigen gewillt ist, daß er auf der Erfüllung seiner Wünsche bestehe und geneigt sei, zu ihrer Durchsetzung von allen ihm zu Gebote stehenden Machtmitteln Gebrauch zu machen.

Ein Parlament aber, das Wochen verbringt, um teils Beschlüsse zu fassen, die wie die Etatsbewilligung für seine Mehrheit eine Selbstverständlichkeit sind, teils um Resolutionen zu beschließen, die nichts anderes sein wollen, als ein untertäniges Promemoria an die hohe landesfürstliche Regierung — ein solches Parlament treibt nicht positive Arbeit, sondern Obstruktion, Obstruktion gegen den sozialpolitischen Fortschritt.

Unseren Genossen im Reichstage, deren Aufgabe die Erhaltung der bestehenden Staatsformen nicht ist, die als Minderheit nicht imstande sind, auf die Geschäftsführung des hohen Hauses einen maßgebenden Einfluß zu gewinnen, bereitet es freilich den geringsten Kummer, die parlamentarische Tribüne bald durch fruchtlose Diskussionen bald zu einem volkswirtschaftspolitischen Katheder bald zur Agitationstribüne verwandelt zu sehen. Denn ihre Anregungen richten sich nur in der Form an eine Mehrheit, die sie nicht überzeugen können, und an eine Regierung, von der sie nichts erwarten, in der Sache aber wenden sie sich an die Massen des Volkes, die allein imstande sind, jene Obstruktion wider den sozialen Fortschritt zu brechen, die die herrschenden Klassen unter dem Anschein der größten Geschäftigkeit betreiben.

Laßt eine Marine-, eine Militärvorlage, einen hochschutzzöllnerischen Handelsvertrag auf der Bildfläche erscheinen, und ihr sollt sehen, wie dieser parlamentarische Amtsschimmel, der jetzt auf sozialpolitischer Heide planlos von Wegrand zu Wegrand trollt, plötzlich ausgreift und auf ein Ziel zuschießt! Dann wird wieder jedes Wort sachlichen Bedenkens „Obstruktion“, jede gründliche Darlegung gegnerischer Meinungen „Gefährdung des Parlamentarismus“, jede Auflehnung gegen schamlosen Mißbrauch des Mehrheitsrechts „Unfug“ und „Radaupolitik“ heißen.

Jetzt aber, da fast kein Korn in Junkerscheunen und keine Kanonen in Militärarsenale einzufahren sind, läßt man den Reichstag gehörig Sozialpolitik treiben. Und es lächeln diverse Serenissimi. Wissen sie doch ganz genau, daß außer den 81 Vertretern der deutschen Arbeiterschaft und einigen bürgerlichen unter Fraktionsaufsicht stehenden Renommier-Sozialpolitikern niemand in diesem hohen Hause ist, der es mit der „positiven Arbeit“ ehrlich meint.

Wer dann freilich zuletzt lacht? . . . Man kann die innere Unmöglichkeit der Gesellschaftsordnung nicht sinnfälliger beweisen, als indem man es versucht, ihre Einrichtungen ernst zu nehmen. Mag das arbeitende Volk dafür sorgen, daß die akademischen Anregungen dieser Debatte unvergessen bleiben — daß vor allem seine Zehnstundentagsforderung der bürgerlichen Sozialobstruktion nicht dauernd zum Opfer falle!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Masken ab! Ganz im Tone der Kardorff und Eugen Richter macht jetzt das „sozialliberale“ Organ des Herrn Mosse, das „Berliner Tageblatt“, gegen die gehetzten Krimmitschauer scharf. Ein Flugblatt des Textilarbeiterverbandes, das die erpresserischen Manöver verschiedener Arbeitgeber wider die Koalitionsfreiheit ihrer Arbeiter verdientermaßen brandmarkt und die Arbeiter auffordert, sich „eventuell“ zum Kampfe um ihre Organisation zu rüsten, hat das Organ des „Sozialliberalismus“ in helle Wut versetzt. Es spricht von einem „geradezu frevelhaften Spiel“ — der Arbeiter, von einem „Hetzruf der sozialdemokratischen Parteileitung“, die „das möglichste an gewissenloser Demagogie“ leiste, abermals von „gewissenloser Verhetzung“, und nennt die Klage des Flugblattes, die Arbeiter hätten den Frieden gewollt, die Unternehmer aber wollten den Krieg, eine „nicht genug zu brandmarkende lügnerische Behauptung der Streikleitung, die ihrer für die Arbeiter unheilvollen Tätigkeit die Krone aufsetzt“. Damit scheint der höchste Rekord der besinnungslosen Schmähsucht geliefert. Aber es kommt noch besser! Denn jetzt wendet sich das „sozialliberale“ Organ, das vor wenigen Monaten den Eintritt Naumanns in die Freisinnige Vereinigung mit überschwenglichem Gesalbader gefeiert hat, mit Wutgeheul gegen seinen einstigen Schützling. Er hat, wie unsre Leser wissen, die Frechheit gehabt, in der „Hilfe“ ein „Fabrikantenlied“ zu veröffentlichen, das sich mit schneidender Ironie und tiefstem sittlichen Pathos gegen die Krimmitschauer Herrenmoral wendet. Dieses Lied nennt das „sozialliberale“ Organ „ein Hetzgedicht krassester Sorte“ und fährt sodann fort: „Dieses „Gedicht“, wenn anders man diese Spottgeburt von fanatischem Klassenhaß und Demagogenrhetorik so bezeichnen darf — dieses Gedicht steht in der „Hilfe“, dem vom Pfarrer a. D. Friedrich Naumann, einem Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der Freisinnigen Vereinigung, herausgegebenen Organ. Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß in freisinnigen Kreisen dieses Hetzpamphlet wie seine Veröffentlichung schärfstem Tadel begegnet. Freisinn und Jakobinerhymnen schließen einander aus.“ In dem „Fabrikantenliede“ heißt es u. a.:

Doch wer beim Streike ohne Blatt
Vorm Munde hat gesprochen
Und wer ein steifes Rückgrat hat,
Dem wird es jetzt gebrochen.

Armer sozialliberaler Pastor Naumann, nehmen Sie Ihr Rückgrat in acht!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß u. a. in ihrer Sitzung am Mittwoch, zu dem Antrag betr. den Zehnstundentag, als Amendement eine Resolution einzubringen, nach der Unternehmer oder deren Stellvertreter, die sich vereinigen, um Arbeitern, die an Vereinen teilnehmen oder teilgenommen haben, die im § 152 der Gewerbeordnung genannt sind, das Fortkommen zu erschweren, mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft worden. Ferner soll eine Resolution eingebracht werden, die die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens durch Schaffung einer Reichsbetriebsgemeinschaft und eine Verbilligung der Personentarife fordert.

Wider den Kosakenkurs. Von 394 in Berlin und Umgebung lebenden Russen und Russinnen geht uns folgende Erklärung mit der Bitte um Abdruck zu:

„In der Sitzung des Deutschen Reichstags vom 19. Januar d. J. begründete der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Richthofen, bei der Beantwortung der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Interpellation betreffend die Umtriebe russischer Polizeiagenten in Deutschland, die Maßnahmen der besonderen Polizeiaufsicht, die uns gegenüber in Anwendung gebracht wird, damit, daß eine Kontrolle über die Tätigkeit der russischen Anarchisten ausgeübt werden müsse.

In Erwägung, daß die gesamte russische Studentenkolonie Berlins und seiner Umgebung ununterbrochen das Objekt der erwähnten Polizeimaßregeln ist, und daß jeder russische Studierende vom ersten Augenblick seines Eintreffens in Deutschland ab einer speziellen Polizeiaufsicht unterstellt ist, haben wir vollen Grund zu der Annahme, daß alles, was Freiherr von Richthofen über die angeblichen russischen Anarchisten gesagt hat, sich auch auf uns bezieht, und dieser Umstand nötigt uns, vor der Oeffentlichkeit die folgende Erklärung abzugeben:

Zunächst erachten wir es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß schon die Behauptung des Freiherrn von Richthofen, unter den in Deutschland lebenden Russen gebe es Anarchisten —, eine Behauptung, die gegen uns in weiten Schichten des deutschen Volkes feindselige Gefühle hervorzurufen geeignet ist —, jedweder tatsächlichen Grundlage entbehrt. Wir sind überzeugt, daß Freiherr von Richthofen nicht imstande ist, auch nur einen einzigen Fall zu nennen, in dem ein Russe, der diesen polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt war, ein Anarchist gewesen wäre. Wir erwarten daher, daß Freiherr von Richthofen entweder den Versuch macht, seine Behauptung zu beweisen oder daß er sie öffentlich zurücknimmt.

Das ferneren machte Freiherr von Richthofen den Versuch, die in Deutschland lebenden Russinnen auch noch dadurch in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, daß er sie ohne einen Schein der Berechtigung als ein Milieu der Unsittlichkeit schilderte. Als vor zwei Jahren der berüchtigte Vertreter der russischen Reaktion, Fürst Meschtschersky, in seiner Zeitung „Graschdanin“ es gewagt hatte, gegen die russischen Studentinnen dieselbe Anklage zu erheben, entfesselte er damit einen Sturm der Entrüstung durch ganz Rußland, und selbst der damalige Minister der Volksaufklärung, Wannowsky, obwohl in seiner ganzen Tätigkeit ein getreuer Durchführer der reaktionären russischen Regierungspolitik, erteilte in Abweichung von der allgemeinen Regel, die in Rußland die Abhaltung von Studentenversammlungen verbietet, den Studenten in einem Schreiben, das der Rektor Holmsten der Studentenschaft öffentlich verlas, die Erlaubnis, sich zum Protest gegen die Behauptung des Fürsten M. zu versammeln, sowie den Rat, den Verfasser in einer Resolution die Verachtung der Studentenschaft auszudrücken.

Was die fernere Erklärung des Freiherrn von Richthofen anlangt, die Russen, die er unberechtigterweise als Anarchisten bezeichnete, seien hier unwillkommen und hätten keinen Anspruch auf deutsche Gastfreundschaft, so sind wir überzeugt, und die Reichstagsdebatte vom 19. Januar hat uns in dieser Ueberzeugung bestärkt, daß Freiherr von Richthofen nicht im Namen und Sinne des deutschen Volkes gesprochen hat. Wir halten es für unsere Pflicht, festzustellen, daß die traurigen politischen Verhältnisse Rußlands es den bildungsbedürftigen Elementen der russischen Jugend in zahlreichen Fällen unmöglich machen, in Rußland selbst eine höhere Bildung zu erlangen, daß diese Verhältnisse uns so geradezu in das Ausland verstoßen und uns zwingen, die Gastfreundschaft auch der hervorragenden deutschen Hochschulen in Anspruch zu nehmen. Zum Schlusse sprechen wir allen Mitgliedern des Reichstags und allen Zeitungen, die in dieser uns so nahe berührenden Angelegenheit für uns eingetreten sind, unsern warm empfundenen Dank aus.“

Mandatsniederlegung? Nach Berliner Meldungen hat angeblich der nationalliberale Abg. Dr. Jänecke, dessen Wahl von der Kommission des Reichstags bekanntlich für ungültig erklärt wurde, sein Mandat niedergelegt. Eine Bestätigung der Nachricht bleibt abzuwarten, und zwar umsomehr, als der heutige „Hann. Cour.“, dessen Verleger Dr. Jänecke ist, von einer bereits erfolgten Mandatsniederlegung kein Sterbenswörtchen erwähnt.

Das preußische Abgeordnetenhaus war am Mittwoch wieder einmal die Stätte agrarischer Orgien. Zunächst unternahmen Zentrum und Freikonservative einen Ansturm

gegen die Bestimmung des Fleischbeschaugesetzes, wonach die Fleisch- und Trichinenschau durch Verfügung des Regierungspräsidenten auch auf die Hausschlachtungen ausgedehnt werden kann. Fast in sämtlichen Regierungsbezirken der Monarchie hat man im Interesse der öffentlichen Hygiene von dieser Befugnis Gebrauch gemacht; zum großen Verdruß der Agrarier, denen die Kosten dieser Schau schwer im Magen liegen, wie ihnen überhaupt jede Kontrolle des von ihnen in den Handel gebrachten Fleisches unbequem ist. Herr Gamp, der Hauptmatador der Trichinenfreunde, meinte, man könne überhaupt die 7½ Millionen, die in Preußen jährlich für die Trichinenschau ausgegeben werden, besser anwenden, und wetterte fernerhin gegen den Schlachthauszwang und die Nachschau in den großen Städten. Abg Goldschmidt von der Freisinnigen Volkspartei enthüllte den nackten Egoismus dieser Politik der „Freizügigkeit des Fleisches". Aber Herr Gamp und seine Freunde hatten noch weitere Wünsche: sie wollen jeden Eigentümer trichinös befundenen Fleisches entschädigt wissen — natürlich aus öffentlichen Mitteln! Das ging selbst der äußersten Rechten zu weit, so daß der diplomatische Herr von Heydebrand (Kons.) den übereifrigen Gamp mit dieser Forderung glatt abfallen ließ. Und was noch wunderbarer ist: Freikonservative und Zentrum haben es fertig gebracht, agrarischer zu sein als der Minister Agrarier v. Podbielski selbst! Der Landwirtschaftsminister hob mit Recht die Bedeutung der Trichinenschau auch für Hausschlachtungen hervor, verwahrte sich gegen jede Kontrolle seitens der Landwirtschaftskammern beim Erlaß der betreffenden Verordnungen und erklärte auch seine Abneigung gegen eine staatliche Schlachtviehversicherung. Herr Herold vom Zentrum kanzelte den Minister für seine leidlich haltbaren Auffassungen derb ab, und die Mehrheit nahm trotz des ministeriellen Abratens den Zentrumsantrag auf möglichste Ausschaltung der Hausschlachtungen von der Trichinenschau an! Noch in späterer Stunde setzte beim Ausgabetitel „Gehalt des Landwirtschaftsministers" eine in größerem Stil angelegte Agrardebatte ein. Graf Kanitz ist mit den Jahren nicht unterhaltlicher geworden; lauter olle Kamellen über die Not der Landwirtschaft. Kündigung der Handelsverträge u. s. w. brachte er in drohend klagendem Tone vor. Nach ihm variierte dann noch der Zentrumsgraf Praschma, fast ebenso radikal, dasselbe Thema.

Die Budgetkommission des Reichstags lehnte Donnerstag gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen die Etatsforderung betr. Erhöhung der Oberstleutnantsgehälter ab. Ein „Vermittlungsantrag" Spahn (Z): „Patentierte Oberstleutnants der Infanterie, des Ingenieur- und Pionierkorps erhalten eine pensionsfähige Zulage von 1150 Mark" wurde dagegen mit 15 Stimmen der Nationalliberalen und des Zentrums (mit Ausschluß der Abgg. Speck, Roeren und Frhr. v. Thünefeld) angenommen. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen beriet die Kommission längere Zeit über die Bekleidungsämter und die Arbeitsbedingungen, unter denen sie arbeiten. Es wurde auch bemerkt, daß das Bekleidungsamt in Karlsruhe in einem Prozeß moralisch verurteilt worden sei, weil es minderwertige Waren verkauft habe. So etwas dürfe nicht vorkommen. Der Vertreter des Kriegsministers erwiderte, daß hier der Abnehmer die Schuld habe, da er die Waren trotz der Aufforderung des Bekleidungsamts sich nicht angesehen habe. Das Kriegsministerium sei aber dem Manne entgegengekommen, was das Bekleidungsamt nicht tun konnte, da ein fester Vertrag vorlag. Weiter wurde über die Stiefelprämie in Württemberg Beschwerde geführt, weil durch sie dem Handwerk Konkurrenz gemacht werde. Das wurde von der Militärverwaltung bestritten mit dem Bemerken, daß es nötig sei, für den Kriegsfall gute Stiefel zu haben und ein anderer Zweck mit den Prämien nicht verfolgt werde. Die mitgebrachten Stiefel seien minderwertig und man gebe die Militärstiefel mit nach Hause, damit sie bei Uebungen und im Kriegsfall getragen würden. Diese Stiefel zu Hause aufzutragen, sei verboten. Schließlich wurde eine Petition für die Erhöhung der Gehälter der Zahlmeister der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen mit Zustimmung der Militärverwaltung und mit dem Bemerken des Staatssekretärs, daß etwas für diese Beamten geschehen solle.

Die Flucht nach Preußen. Bei der Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation über die Ausweisung russischer Staatsangehöriger ist am Regierungstische die Auskunft über die einzelnen Beschwerdefälle mit der Motivierung abgelehnt worden, daß es sich dabei um preußische Angelegenheiten handle, für die der Reichstag nicht kompetent sei. Die „Berl. Pol. Nachr." kündigen jetzt an, daß der Minister des Innern im Abgeordnetenhause bei Beratung seines Etats näher auf die einzelnen Fälle eingehen und den wirklichen Sachverhalt darlegen werde. „Aus diesen Darlegungen dürfte erhellen, in wie hohem Maße von sozialdemokratischer Seite wiederum auch in dieser Frage mit teils [illegible], teils direkt unwahren Behauptungen gearbeitet worden ist." — Man wird ja sehen. Daß es dem Minister aber nicht gelingen wird, das System der russischen Spitzel in Preußen zu rechtfertigen, können wir ihm schon heute schriftlich geben.

Ein bemerkenswerter Fall, der für sich allein schon eine schwerwiegende Begründung des gegenwärtig im Reichstage zur Beratung stehenden Gesetzentwurfes betreffend die Entschädigung unschuldig Verhafteter bildet, hat den Hamburger Senat zu beschäftigen. Der „Frankf. Ztg." wird darüber von dort berichtet: Vor längerer Zeit wurde in der [illegible] Ortschaft [illegible] eine Lehrerin ermordet. Der Schreiber, früherer Lehrer, F. W. Lähndorf lenkte den Verdacht der Täterschaft auf den [illegible] [illegible] Lent. Statt dieser Spur nachzugehen, nahm die Cuxhavener Polizei den Lähndorf selbst wegen Mordverdachts fest. Er mußte zwei Monate in Untersuchungshaft zubringen, und das Ende der Untersuchung war, daß der von Lähndorf verdächtigte Lent tatsächlich der Tat überführt und verurteilt wurde. Es hatte sich herausgestellt, daß die Cuxhavener Polizei ihrer Aufgabe nicht gewachsen war, und diesem Umstande hatte L. seine Verhaftung und seinen wirtschaftlichen Ruin zu verdanken, weil, da von dem Cuxhavener [illegible] Schutt noch wie vor das Verfahren gegen L. geführt wurde, ihm alle Existenzmittel entzogen wurden. Zwei Jahre war er auf die Unterstützung seiner Kinder und namentlich seines Schwiegersohnes angewiesen. Schließlich wurde auch dieser wirtschaftlich ruiniert. Mit Rücksicht auf den gegen L. gelenkten und — wie der Amtsverwalter meinte — auch gegen seinen Schwiegersohn bestehenden Verdacht, war letzterem ein Gesuch um Erteilung der Schankkonzession abgeschlagen worden, und er mußte nun zusehen, wie sein Grundstück im Wege der Zwangsversteigerung verkauft wurde. Eine Eingabe des Rechtsbeistandes L an den Hamburger Senat ersucht jetzt um ausreichende Entschädigung des unschuldig Verhafteten.

Kaufmannsgerichte. In der Kommission des Reichstages zur Beratung des Gesetzentwurfs über die Kaufmannsgerichte wurde Donnerstag der Antrag Trimborn (Z.) angenommen, so daß also in Orten mit 20000 Einwohnern und mehr bereits Kaufmannsgerichte erstellt werden müssen. Im übrigen wurden die §§ 1 bis 4 unverändert angenommen.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte die Wahl des nationalliberalen Abg. Leineweber (Pirmasens Zweibrücken) für gültig. Ueber die Wahl des Abg. Dietrich (K.) für Ruppin-Templin wurden weitere Erhebungen beschlossen.

Mit der Wahlrechtsreform beschäftigte sich am Mittwoch die zweite sächsische Kammer. Der Minister v. Metzsch führte aus, das bestehende Wahlrecht sei als ein „Schutzwall gegen die Sozialdemokratie" notwendig gewesen und habe das „Wohl des Landes" und des Volkes erheblich gefördert, doch besitze es den Mangel, daß die dritte Klasse keine entsprechende Vertretung habe. Hier wünsche die Regierung die Einsetzung der Reform, wie das die Denkschrift bereits vorschlage. Die Regierung will auch die Grundlagen der Ersten Kammer unbedingt erhalten, aber sie ist damit einverstanden, daß die Industrie besser vertreten wird. Namens der konservativen Fraktion lehnte der Abg. Opitz die Regierungsvorschläge ab, um ein Eindringen der Sozialdemokratie in die zweite Kammer zu verhüten! Die konservative Fraktion der Zweiten Kammer sei jedoch damit einverstanden, daß die Erste Kammer in vorsichtigster Weise nach den Grundsätzen der Regierung reformiert wird. Der nationalliberale Schick forderte namens seiner Fraktion eine verfassungsmäßige Vertretung namentlich von Handel, Industrie und Gewerbe in der Ersten Kammer, die gleichwertig sei mit der Vertretung der Landwirtschaft. Für die Zweite Kammer fordere die nationalliberale Fraktion eine bessere Vertretung der dritten Klasse, aber gleichzeitig auch Schutz gegen das Ueberwuchern der Sozialdemokratie. Besondere Vorschläge hat die Fraktion nicht gemacht. Sie hält aber das Pluralwahlrecht für besser als das berufsständische Wahlrecht. Die glatte Wiederherstellung des im Jahre 1896 abgeschafften Wahlrechts verlangte lediglich der freisinnige Abgeordnete Günther. Schließlich wurde die ganze Wahlrechtsfrage der Gesetzgebungskommission der Kammer überwiesen, aus der sie in dieser Tagung sicher nicht mehr an den Landtag zurückgelangen wird. Begraben und vergessen wäre die „Reform", wenn die Sozialdemokratie nicht wäre, mit der man nun einmal rechnen muß. Aber es wird noch lange dauern, ehe der Landtag die wundersame Preisfrage lösen kann: der „dritten Wählerklasse" ein „tatsächliches Wahlrecht" zu schaffen, ohne daß die Sozialdemokratie wieder in den Landtag einzieht!

Der Kölner Aerztestreik ist in Wirklichkeit keineswegs erledigt, da sämtliche fremden Krankenkassen-Aerzte mit einer Ausnahme weiterpraktizieren, ohne sich an die Verfügung des Regierungspräsidenten zu kehren. Alle verpflichteten sich auf Ehrenwort, die Behandlung der Kassenmitglieder fortzuführen, so lange sie die Kassenvorstände nicht hindern; diese aber halten sich an die Verträge gebunden und wendeten sich beschwerdeführend an das Ministerium. Die Kassenvorstände beschlossen weiters, gegen den Regierungspräsidenten das Verwaltungsstreitverfahren zu eröffnen und ihn für den Schaden verantwortlich zu machen, der den Kassen durch seine Verfügungen droht. Gegenwärtig ist die Situation verworrener als je.

Bekehrt hat sich der Landtag von Weimar zu einer anderen Stellungnahme gegenüber seinen sozialdemokratischen Mitgliedern. Bisher hielt die reaktionäre Mehrheit krampfhaft daran fest, keine Sozialdemokraten in die Ausschüsse kommen zu lassen; am Dienstag aber wurde mit dieser Praxis gebrochen und unsere Genossen Baudert und Reidt in zwei wichtige Ausschüsse gewählt.

Die Verfassungskommission der zweiten badischen Kammer hat sich gegen jede Vermehrung des Budgetrechts der ersten Kammer geeinigt. Eine Minorität erklärte sich gegen die zweijährige Karenzzeit zur Erlangung des Wahlrecht. Das Zentrum verlangt die Beseitigung der Bevorzugung der Städte vor dem flachen Lande.

Der Aufstand der Hereros. Der Kommandant des „Habicht" meldet aus Swakopmund: Mittwoch ist die Kompagnie Franke auf Omaruru abmarschiert. Donnerstag ging das Landungskorps des „Habicht" zur Sicherung der Bahnlinie gegen Okahandja vor. Der Schutztruppen-Transport des Oberleutnants Winkler ist nach Karibib unterwegs; von dort geht er später nach Gobabis und zur Sperrung der Grenze. Nach einer Privatmeldung, die in Braunschweig eingetroffen ist, befinden sich alle in Okahandja Eingeschlossenen wohlauf, auch geht aus der Meldung hervor, daß die Verbindung zwischen Okahandja und Windhuk nunmehr vollkommen wieder hergestellt ist.

Kleine politische Nachrichten. Der Abg. v. Damm, Vertreter für Wolfenbüttel, welcher bisher zu den Deutsch-Hannoveranern hielt, ist der antisemitisch-bündlerischen Wirtschaftlichen Vereinigung beigetreten. — Der Redakteur des „Allgem. Beobachter" in Essen, der in einem Artikel behauptet hatte, ein katholischer Seelsorger im Krupp'schen Lazarett habe unter Androhung des Verlustes der Seligkeit die Reichstagswähler zur Wahl Stötzel's zu veranlassen gesucht, wurde von der dortigen Strafkammer freigesprochen. — Die Kriminalpolizei in Dresden forscht in den dortigen Buchhandlungen nach Bilses bekanntem Roman „Aus einer kleinen Garnison", der unter dem Titel „Syphilis und Prostitution" von Wien eingeschmuggelt wurde. Es sind bereits 600 Exemplare beschlagnahmt. — In Preßburg verweigerten zahlreiche im dritten Jahre dienende Husaren den Gehorsam und veranstalteten Straßendemonstrationen. Die Husaren widersetzten sich der Wache. Es kam zum Kampfe, wobei 2 Soldaten schwer, mehrere leicht verwundet wurden. — Wie die „Frkf. Ztg." zuverlässig aus London erfährt, wird das englische Ministerium die Einführung chinesischer Arbeiter nach Transvaal zur Kabinettsfrage machen. — In Serbien ist eine Ministerkrisis ausgebrochen. Das Kabinett Gruitsch überreichte Donnerstag dem Könige seine Demission, welche dieser auch annahm.

Dänemark.

Fleischausfuhrverbot. Anläßlich eines in Seeland vorgekommenen Falles von Maul- und Klauenseuche hat das Ackerbauministerium Donnerstag das Verbot der Ausfuhr von Rindvieh, Schafen, Ziegen, Schweinen und geschlachteten Tieren, welche noch nicht nach den Bestimmungen der neuen Schlachtordnung behandelt sind, aus Seeland nach den übrigen Teilen Dänemarks sowie nach dem Auslande erlassen. — Der Handel Lübecks dürfte durch das Verbot nicht unwesentlich in Mitleidenschaft gezogen werden, da die Einfuhr von geschlachteten Tieren bezw. Teilen derselben immerhin nicht unerheblich war.

Rußland.

Unter dem Verdacht „nihilistischer" Umtriebe sind in Kiew in den letzten Tagen 250 Personen verhaftet worden. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Wer gerät nicht in Rußland in den Verdacht „nihilistischer Umtriebe"? Sogar im Auslande werden anständige Russen, nur weil sie konstitutionelle Einrichtungen wünschen, als „Nihilisten" und „Anarchisten" von russischen Spitzeln belästigt! Weil vielfach Offiziere insultiert worden sein sollen, erhielten diese den Befehl, geladene Revolver und geschliffene Säbel zu tragen.

Spanien.

Der Schauplatz sehr erregter Debatten war Mittwoch die spanische Kammer. Der Führer der Republikaner Salmeron richtete heftige Angriffe gegen das Ministerium Maura, die Königin-Mutter, die ins Exil gehen sollte, und gegen den Dominikaner Nozaledo, dessen Ernennung zum Erzbischof von Valencia bekanntlich einen Sturm der Entrüstung im ganzen Lande entfesselt hatte, weil er durch seine mindestens zweideutige Haltung bei der Kapitulation von Manila den Verlust der Philippinen verschuldet haben soll. Als der Ministerpräsident Maura die Anklagen Salmerons zu widerlegen versucht hatte, erklärte der Republikaner Moya, er halte alle Beschuldigungen aufrecht. Diese neue Anklage entfesselte einen großen Lärm. Von allen Seiten fielen scharfe Ausdrücke. Mehrere Redner versuchten sich Gehör zu verschaffen. Endlich gelang es dem Präsidenten, nachdem vier Glocken gesprungen waren, mit großer Mühe, die Ruhe einigermaßen wiederherzustellen.

Ostasien.

Jede Hoffnung auf Erhaltung des Friedens ist nach einer Reutermeldung, jetzt geschwunden. Donnerstag fand in Tokio abermals eine Beratung der alten Staatsmänner Japans, in Anwesenheit des Kaisers, statt. Man glaubt, daß in dieser Beratung eine Entscheidung von größter Wichtigkeit getroffen worden sei. Nach einer Wolffschen Drahtung setzte die japanische Regierung ihren Gesandten in Washington von dem Auslaufen der russischen Flotte aus Port Arthur in Kenntnis. Ueber die Bestimmung der Flotte enthalte die Mitteilung nichts. Andere amtliche japanische Berichte erzählen von großer militärischer Tätigkeit der Russen in der Mandschurei. Die Häuser in Liaojang und anderen Orten würden zur Einquartierung russischer Truppen hergerichtet. In Liaojang seien 1000 Wagen zum Transport von Munition und Vorräten requiriert. Die russischen Truppen rücken, wie die Berichte weiter sagen, stetig in der Richtung auf den Jalu Fluß weiter vor, und die Chinesen in Finkau schicken sich zur Flucht an. Dem japanischen Handelsagenten in Wladiwostok wurde von dem dortigen Garnison-Kommandanten mitgeteilt, daß er gemäß Befehlen aus Petersburg jederzeit in die Lage kommen könnte, den Belagerungszustand zu erklären, er wünsche daher, daß der Agent alles für die eventuelle Abreise der japanischen Bewohner Wladiwostoks vorbereite.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 5. Februar.

Dürfen Eltern ihre Kinder ungestraft mißhandeln? Diese Frage drängt sich uns unwillkürlich auf die Lippen, wenn wir uns des Prozesses gegen die Ehefrau Otto erinnern, der, soweit uns bekannt geworden ist, nunmehr seinen definitiven Abschluß mit der Freisprechung der Angeklagten gefunden hat. Die Staatsanwaltschaft soll nämlich keine Berufung eingelegt haben. Das wird zweifellos in den weitesten Kreisen unserer Bevölkerung zu ernsten Bedenken Anlaß geben, die um so berechtigter sind, als der Vertreter der Staatsanwaltschaft doch das Beweismaterial für ausreichend genug hielt, um eine Verurteilung zu beantragen. Da mußte u. E. unter allen Umständen die zweite Instanz angerufen werden, insbesondere schon deshalb, weil dann vielleicht Aufklärung darüber hätte geschafft werden können, wer denn eigentlich in einer so herzlosen Weise das Kind mißhandelt hat. Denn daß es sich hier um eine empörende Mißhandlung handelt, kann trotz des schöffengerichtlichen Urteils nach der eidlichen Aussage des Herrn Dr. Diehl wohl keinem Zweifel unterliegen. Dieser hat bekanntlich am linken Oberarm, am hinteren Ohr, an der rechten Wange, am Schienbein und unter den Fußsohlen Spuren dieser barbarischen Prügelmethode entdeckt. Man hat zwar versucht, die Mißhandlungen damit zu erklären, daß man dem Kinde Gelddiebstähle und geschlechtliche Verirrungen zur Last legte, die dieses auch zugestanden haben soll. Trotzdem aber ist durch die Aussage des vorerwähnten Arztes festgestellt worden, daß der Knabe bei ihm nicht eher ruhte, als bis er absichtlich verlorenes und von ihm gefundenes Geld wieder abgeliefert hatte. Es ist weiter festgestellt worden, daß weder Dr. Diehl noch der spätere Erzieher des Knaben, Lehrer Koch, trotz sorgfältigster Beobachtungen jemals geschlechtliche Verirrungen ermittelt haben. Dadurch ist es noch unwahrscheinlicher, daß der 6jährige Knabe tatsächlich mit diesem Laster behaftet gewesen ist. Wenn das aber wirklich der Fall gewesen sein sollte, dann war es die Pflicht der Eltern — die doch einen höheren Bildungsgrad für sich in Anspruch nehmen, wie etwa ein in einer mecklenburgischen Dorfschule unterrichteter Arbeiter — anstatt zu prügeln, den Arzt sofort beim Auftauchen dieser Erscheinung zu Rate zu ziehen. In

dieser Meinung lassen wir uns auch nicht beirren durch die in dem Termin seitens des Rechtsanwalts Dr. von Brocken zu Tage geförderte Auffassung, daß die Eltern ob ihres in roher Weise erfolgten Prügelns noch Anerkennung verdienten. Diese lebhaft an Knuten Oertel erinnernden Anschauungen des prügellustigen Rechtsanwalts sind kennzeichnend für das Bildungs und Kultur-Niveau, auf dem manche Träger unserer heutigen Gesellschaftsordnung stehen. — Es steht also unstreitig fest, daß der 6jährige Knabe Otto arg gemißhandelt worden ist, und zwar nicht in unbewußter, sondern bewußter Weise; wofür die an verschiedenen Körperteilen vorhanden gewesenen Spuren Zeugniß ablegen. Als nahezu sicher anzunehmen ist auch, daß die Mutter die Täterin gewesen ist. Beweis: Die Aeußerungen des Ehemannes Otto dem Dr. Diehl und der Frau Wiesner gegenüber. Und dennoch bleibt die Freisprechung bestehen. Die Mißhandlungen eines Kindes sollen ungesühnt bleiben! Sollte sich die Binde, die die Dame Justitia vor den Augen trägt, wohl zeitweilig etwas lockern?

Die Sittenverbrechen in unserer Stadt scheinen sich zu mehren. So wurde in der vorigen Woche auch der Friseur Sommer unter dem Verdachte, mit seinem männlichen Personal unsittliche Handlungen vorgenommen zu haben, verhaftet.

Der Bürgerausschuß beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung zunächst mit einem Senatsdekret, nach welchem zwecks Verbreiterung der Straße Fünfhausen und Staacks Gang seitens des früheren Buchbinders Claassen, der auf seinem Fünfhausen 11 befindlichen Grundstück einen Umbau vornehmen will, eine Fläche Landes gegen eine Entschädigung von 2500 Mk. an den Staat abgetreten werden soll. Hand in Hand hiermit vernotwendigte sich der Ankauf der Staacks Gang belegenen Neidje'schen Bude für 3400 Mk. Der Bürgerausschuß erteilte dem diesbezüglichen Senatsantrage seine Mitgenehmigung. — Zur Anlage von sieben neuen Feuermeldern wurden der Behörde für das Feuerlöschwesen 4900 Mark bewilligt. — Der staatsseitige Ankauf eines 640 qm haltenden Bauplatzes an der Dorfstraße in Moisling von dem Privatmann Voß zum Preise von 960 Mk. wurde genehmigt, desgleichen der Ankauf eines, dem Bahnwärter Fick zu Reecke gehörenden, 2120 qm großen Bauplatzes aus dem ehemaligen Reecker Schullande zum Preise von 40 Pf. pro qm. — Wie bei anderen Revierförsterstellen, so soll jetzt auch nach einem Senatsantrage ab 1. April das mit der Försterstelle zu Alt-Lauerhof bisher verbundene Dienstlandes von 2,60 Hekt. dauernd von der Försterstelle getrennt und auf den Staat übernommen und als Ersatz dafür das dem Förster zustehende Bargehalt um jährlich 300 Mk. erhöht werden. Dieser Antrag wurde der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen. — Neupflasterungen und Sielanlagen sollen nach einem der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlenen Senatsantrag im laufenden Jahr in folgenden Straßen zur Ausführung gelangen: 1. Neupflasterung der Aegidienstraße vom Aegidienkirchhof bis zum Balauerfohr; 2. Neupflasterung der Fleischhauerstraße von der Straße „Bei St. Johannis" bis zur Straße „An der Mauer"; 3. Tieferlegung des Sieles in der Straße „Bei St. Johannis" und von der Fleischhauerstr. bis zur Johannisstr.; 4. Neupflasterung der unteren Fischergrube von der Untertrave bis zur Kupferschmiedestr.; 5. Tieferlegung des Sieles in der Straße „An der Wakenitzmauer" von der Hundestr. bis zur Glockengießerstr. Die Baudeputation beabsichtigt folgende Arbeiten 1904 auszuführen: 1. Herstellung eines 1,5 Meter breiten Klinkerbelages auf dem ostseitigen Bürgersteig der Marlistraße von der Bergstraße bis zur Gneisenaustraße; 2. Anlage eines 1,5 Meter breiten Klinkerbelages auf dem westseitigen Bürgersteig der Moislinger Allee vom Töpferweg bis an das Grundstück der V. St. Lorenzschule; 3. Neupflasterung der begrandeten Fahrbahn in der Adlerstraße mit schwedischen Kopfsteinen 3. Sorte; 4. Herstellung eines 1,0 Meter breiten Klinkerbelages auf dem südlichen Banket der Wielandstraße; 5. Verbreiterung des Klinkerbelages auf dem südwestseitigen Bürgersteige der Lindenstraße vom Lindenplatz bis zum Grundstück Lindenstraße 9; 6. Herstellung eines Reitweges auf dem westseitigen Banket der Falkenstraße. Der Bürgerausschuß empfahl auch diesen Antrag der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung, desgleichen einen hiermit zusammenhängenden Antrag, die Kunstgärtner Paulig und Hartwig von der Erhebung der Straßenbauabgabe zu befreien. — Radfahrwege sollen vorbehältlich der Genehmigung der Bürgerschaft in folgenden Straßen angelegt werden: 1. in der Straße „Bei der Lohmühle" von der Fackenburger bis zur Schwartauer Allee; 2. in Travemünde von der Vorderreihe bei der Neustraße bis zum Gehölz beim Seetempel; 3. an der Westseite der Cronsforder Allee von der Mühlentorbrücke bis zur Sophienstraße; 4. in der Geninerstraße südostseitig von der Cronsforder Allee bis zum Eisenbahnübergang; 5. an der Nordseite der Arnimstraße von der Grenze des inneren Wegebezirkes auf 500 Meter Länge. (Hier handelt es sich um eine Weiterführung.) Auf Antrag von Dr. Meyer soll obigen Vorschlägen noch hinzugefügt werden: 6. Anlage eines Radfahrweges in der Louisenstraße. — Der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen wurden, nach einigen von einer eingesetzten Kommission vorgeschlagenen Aenderungen, die die Verleihung des Besteuerungsrechtes an die römisch-katholische Gemeinde im lübeckischen Staate und den Austritt aus der römisch-katholischen Gemeinde im lübeckischen Staate betreffenden Gesetzentwürfe. — Nachbewilligt wurden für das Gerichtsgebäude für Heizung 1000 Mk. und für sonstige Ausgaben 1750 Mk. — Auf der Strecke der Ratzeburger Allee von der Hüxtertorallee bis hinter Adlershorst soll ein zweites Gasspeiserohr gelegt werden. Der Kostenpunkt ist 7100 Mk. Dieser Antrag wurde der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen.

Vom Hafen. Im verflossenen Monat gelangten auf dem Seewege 85 Dampfer und 6 Segler und auf dem Kanalwege 34 Schiffe nach hier. An lebendem Schlachtvieh wurden seewärts 281 Stück Rindvieh, 13 Kälber und 13 Schafe eingeführt, darunter 47 Rinder und 1 Kalb aus Schleswig-Holstein.

Aus dem Gerichtssaal. Der Gelegenheitsarbeiter W. entwendete einem Landmann, mit dem er vorher herumgezecht hatte, dessen Uhr. Ferner versuchte er, mit einem bis jetzt noch unermittelt gebliebenen Komplizen an zwei verschieden Stellen in der Vorstadt St. Jürgen einzubrechen. Die beiden Freunde wurden jedoch bei ihrer „Arbeit" gestört. Jetzt soll der häufig vorbestrafte W. 1½ Jahre im Zuchthaus über das Verwerfliche seiner Handlungsweise nachdenken. Außerdem sind ihm die Ehrenrechte auf 3 Jahre aberkannt worden. — Einen eigenartigen Akt der Selbsthülfe übte der Stallschweizer B., der in Pohnsdorf beim Hufner Ehlers bedienstet war, aus. Bei seinem Dienstantritt war vereinbart worden, daß er sämtliche Arbeiten für 5 Mk. verrichten solle. Als er dann auch die Arbeiten eines Kuhknechtes verrichten sollte, verlangte er 1,25 bis 1,50 Mk. mehr und drohte bei Nichtzahlung, sämtliche Fensterscheiben im Hause einschlagen zu wollen. Er führte seine Drohung auch insofern aus, als er 8 Fensterscheiben zertrümmerte. 2 Monate Gefängnis sind die Folge. — Der Dienstknecht F. zu Prohnsdorf bemerkte eines Abends auf dem Nachhausewege in der Kammer eines Dienstmädchens Licht. Da er seinen Freund dort vermutete, klopfte er an das Fenster und fragte das Mädchen, ob sein Freund dort sei. Diese verneinte die Frage. Nunmehr forderte F. die Oeffnung des Fensters, um sich persönlich von der Richtigkeit der Angabe des Mädchens zu überzeugen. Er bemerkte hierbei, daß er im Falle der Nichtöffnung das Fenster einschlagen werde. Aus Furcht hierfür öffnete das Mädchen. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten auf 12 Mk. Geldstrafe, ev. 4 Tage Gefängnis.

Zusammenstellung der Einnahmen an Staats-Steuern und Abgaben im Monat Januar 1904. Es gingen ein an Einkommensteuer 23 088,57 Mk, Erbschaftssteuer 3 290,07 Mk., Veräußerungsabgabe 41 377,69 Mk., Stempelabgaben 34 189,70 Mk., Schiffsabgaben 19 989,35 Mark, zusammen 121 935,38 Mk. gegen 115 296,42 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres, mithin mehr 6 638,19 Mk. Vom 1. April bis Ende Dezember vorigen Jahres war eine Mehreinnahme von 700 343,07 Mark zu verzeichnen.

Verein Oeffentliche Lesehalle. Die diesjährige General-Versammlung des Vereins „Offentliche Lesehalle" ist auf Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, angesetzt. Die Tagesordnung wird demnächst bekannt gegeben werden. Der Jahresversammlung wird um 7 Uhr ein Vortrag mit Lichtbildern vorausgehen, den einer der ersten Vorkämpfer und genauesten Kenner der modernen Bücherhallenbewegung übernommen hat.

Die öffentlichen Schulprüfungen finden in der Zeit vom 3. bis zum 25. März statt.

Handelsregister. Am 3. Februar 1904 ist eingetragen: bei der Aktiengesellschaft Hanseatischer Lloyd, Aktiengesellschaft in Lübeck: Die Generalversammlung hat am 30. Juni 1903 eine Erhöhung des Grundkapitals um 190 000 Mark durch Ausgabe neuer Aktien beschlossen. Das Grundkapital ist um diesen Betrag erhöht und beträgt jetzt 600 000 Mark; bei der Firma T. Buhrmann in Lübeck: Jetziger Inhaber: W. C. H. Fahle, Kaufmann in Lübeck. Die Prokura des W. C. H. Fahle ist erloschen.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Helfmann, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

pb. **Ermittelte Schwindlerin.** Ermittelt und festgenommen wurde die Mietsgeldschwindlerin, die sich unter verschiedenen falschen Namen, wie Emma Groth und Anna Herold an mehreren Stellen vermietete, ohne den Dienst anzutreten. Es war derselben augenscheinlich nur um die Erlangung des üblichen Mietsgeldes zu tun. Die Festgenommene ist schon wiederholt, und zwar zuletzt mit einem Jahr Gefängnis wegen derselben Schwindelei bestraft.

pb. **Razzia.** Bei einer in der verflossenen Nacht durch die Polizei vorgenommenen Razzia wurden in den Räumen der Ziegelei „Buntekuh" 11 obdachlose Personen angetroffen, die sich nunmehr wegen Hausfriedensbruch zu verantworten haben werden. Dieselben wurden festgenommen.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Festgenommen wurde ein Ziegeleiarbeiter aus Ober-Stradau, welcher seitens des Königlichen Amtsgerichts in Perleberg wegen Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung und Uebertretung des § 366,7 des St.-G. B. steckbrieflich verfolgt wird. Festgenommen wurde ferner die Diebin, die bei hiesigen Uhrmachern, unter dem Vorwande, Schmucksachen kaufen zu wollen, sich Sachen vorlegen ließ und sodann, ohne etwas gekauft zu haben, unter heimlicher Mitnahme von goldenen Uhren, Armbändern usw. das Geschäft verließ.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Malerarbeitsleute Hamburgs haben den Arbeitgebern einen Lohntarif unterbreitet. Bisher bestand ein solcher nicht.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Im Hamburger Hafen erfolgte eine Kollision zwischen den beiden englischen Dampfern „Harlow" und „Bruno", wodurch diese und zwei andere vertäut liegende Dampfer beträchtlich beschädigt wurden. „Harlow" hat die Ausreise wegen Seeuntüchtigkeit aufgegeben. — Ein Deserteur von dem Deutzer Kürassier-Regiment, der sich längere Zeit in Hamburg aufhielt und sich unter dem Namen eines Barons mit einem ausgedehnten Pferdehandel beschäftigte, wurde wieder eingefangen und vom Kölner Kriegsgericht zu 2¼ Jahren Zuchthaus verurteilt. — An Bord des Hamburger Dampfers „Augsburg", von Ostindien nach Amsterdam bestimmt, brach in der Nähe von Ferrol Feuer aus. Die Marinebehörden leisteten Hilfe. — Der „Kaufmann" Friesland, der wegen Zuhälterei, Kuppelei und Erpressung zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt worden war, trat im Jahre 1902 mit einer verheirateten Dame in Briefwechsel und wurde denn auch bald als Hausfreund in die Familie eingeführt. Er versuchte dann von der Dame 10 000 Mk. zu erpressen unter der Drohung, daß er im Weigerungsfalle allerlei unangenehme Sachen in die Oeffentlichkeit bringen wolle. Der Angeklagte wurde von der Hamburger Strafkammer zu einer Gesamtstrafe von 4 Jahren 9 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Als die beiden Dampfer „Fairplay V." und „Terschelling" elbabwärts dampften, um die auf der Elbe eingetroffene französische Bark „Versailles" ins Schlepptau zu nehmen, hatten die Dampfer bei Altona einen gewaltigen Zusammenstoß, daß beide beschädigt wurden. — In einer Maschinenfabrik in Ottensen kam ein Arbeiter, der flüssiges Eisen aus einem Ofen zu füllen hatte, zu Fall. Die siedende Masse ergoß sich über den Körper des Unglücklichen, der schwere Brandwunden davontrug. — In Gaarden bei Kiel wurde ein Knabe von zwei Schneebällen getroffen. Er sank tot zu Boden. Die Untersuchung ergab, daß derselbe an einem wohl durch den Schreck verursachten Herzschlag verstorben ist. — In Siebenbäumen stürzte der Arbeiter Wessel so unglücklich vom Rade, daß ihm der Kopf gespalten wurde. Er war in kurzer Zeit eine Leiche. — Auf ihrem Hausboden erhängt aufgefunden wurde die Ehefrau des Tischlers Rüst in Dorf Kreien bei Lübz. Dieselbe zeigte schon seit Jahren Spuren umnachteten Geistes. — Der Bremer Senat verwarf den Beschluß der Bürgerschaft betr. die Radfahrsteuer.

Hamburg. Die Agitation für die Bürgerschaftswahlen wird von unsern Genossen mit großem Eifer betrieben. In einer großen Anzahl öffentlicher Versammlungen stellten sich die sozialdemokratischen Kandidaten den Wählern vor und erörterten ihr Programm. Das heute geltende Wahlrecht wurde von einem Redner scharf gekennzeichnet, indem er zeigte, aus welchen Gesichtspunkten heraus wohl der Schöpfer unsrer Verfassung die Dreiteilung — Notabeln, Grundeigentümer, allgemeine Wahlen — nicht nur für notwendig im Interesse der Erhaltung des Staates, sondern auch für gerecht gehalten haben mochten. Abgesehen davon, daß dies durch die Entwicklung der Dinge längst überholt sei, habe man auch jene Grundsätze längst umgestürzt und zum mindesten gelte es, diese wieder aufzurichten. Das sei gewesen: 40 Notabeln als Hüter der staatlichen Rechte, 40 Grundeigentümer zur Sicherung des einst noch weit wichtigeren Grundbesitzes, 80 Mitglieder aus der Allgemeinheit als Vertreter der Nichtbesitzenden. Wie sehe es aber heute aus? Von 18 Senatoren seien 15 Grundbesitzer, ebenso ein ausgeschiedener Senator, von 6 Syndici und Senatssekretären wohnten 5 im eigenen Hause, von 160 Mitgliedern der Bürgerschaft wohnten 116 im eigenen Hause, 3 in einer Amtswohnung, 39 zur Miete, von 2 lasse es sich nicht feststellen, sicher sei aber, daß auch mehrere zur Miete wohnende anderweitig Grundbesitz haben. Die Grundeigentümerinteressen seien also gegenüber den andern immer hinsichtlich der Zahl ihrer Vertreter weit voraus. Gegner meldeten sich nur vereinzelt zum Wort. Hoffentlich gelingt es unsren Genossen, noch einige Vertreter in die Bürgerschaft hineinzuwählen.

Harburg. Ein Protest der Harburger Arbeiterschaft. Veranlaßt durch die bei Gelegenheit der Einweihung der neuen Räumlichkeiten des Wirtschaftlichen Schutzverbandes vom Regierungspräsidenten von Oertzen gehaltene Rede, in der zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie aufgefordert wurde, sowie ferner durch die am 26. Januar d. Js. im Reichstage gefallene Aeußerung des Abg. Gamp: „Ein Harburger Rechtsanwalt habe ihm gesagt, das Trottoir in dieser Stadt sei nur noch für die Arbeiter da, Gebildete und Wohlhabende müßten auf den Damm gehen," hatten unsere Genossen zu Mittwoch Abend eine stark besuchte Protestversammlung einberufen. Die Verhandlungen schlossen mit der Annahme einer Resolution, in der zum Ausdruck gebracht wird, die Versammlung weise „den vom Regierungspräsidenten von Oertzen-Lüneburg geführten Vergleich der Sozialdemokratie mit Luftverseuchern und Wasserverpestern entschieden zurück, und erkläre, ihr Vertrauen in die objektive und unparteiische Amtsführung dieses Beamten verloren zu haben." In ähnlicher Weise wurde gegen die Worte des Abg. Gamp Protest erhoben.

Kiel. Zu der harten Verurteilung des Matrosen Pehlgrimm, der bekanntlich 8 Jahre Gefängnis erhielt, bemerkt unser Kieler Parteiorgan im Anschluß an den Bericht über die Verhandlung: „Wenn man die gesamten Vorgänge erwägt, muß sich einem unbedingt die Ansicht aufdrängen, der Mann hat in unzurechnungsfähigem Zustand gehandelt. Schon bei der vor einiger Zeit erfolgten Verurteilung zu 3 Monaten Gefängnis wegen Renitenz unterm Gewehr, sprach P. ebenso wie in der letzten Verhandlung die Bitte aus, man solle ihn in die Arbeiterabteilung oder ins Zuchthaus schicken. Das ganze Benehmen läßt darauf schließen, daß es sich um einen geistig nicht normal veranlagten Menschen handeln muß. Oder es müssen Gründe vorliegen, die ihm das Dienen als Soldat ganz gründlich verleidet haben. Unter solchen Umständen wäre es jedenfalls vom Verteidiger richtiger gewesen, beim Gericht zu beantragen, den Mann längere Zeit auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Damit, daß er ihn selbst als einen züggellosen Menschen bezeichnete, war es jedenfalls nicht getan."

Rostock. Der gewiß seltene Fall, daß ein Mann seine Frau zum zweiten Male heiratet, wird sich hier demnächst ereignen. Ein Arbeiter hatte sich im guten Glauben, daß seine Ehe bereits geschieden sei, wieder verheiratet. Er wurde wegen Doppelehe mit 8 Monaten Gefängnis bestraft und diese zweite Ehe vom Landgericht Rostock für nichtig erklärt. Nachdem inzwischen die erste Ehe auch geschieden ist, wird der schwergeprüfte ehelustige Mann nunmehr seine letzte Frau zum zweiten Male heiraten.

Oldenburg. Der Landtag wird, wie bereits kurz gemeldet, auf den 23. Februar einberufen. Das ist ein später Termin und läßt die Annahme zu, daß die Session eine sehr kurze sein wird. Der Bauernlandtag ist nämlich über den Monat März hinaus kaum zusammenzuhalten. Wenn die Landarbeiten beginnen, müssen die Landtagsarbeiten aufhören, es hält dann keinen ländlichen Abgeordneten mehr lange in der kleinen Residenz und in dem düsteren Landtagsgebäude. Der Hauptgegenstand der Beratung wird dem Vernehmen nach die Errichtung eines Verwaltungsgerichts für das Herzogtum und die beiden Herzogtümer sein. An Petitionen wird es nicht fehlen. Es sind nicht nur schon mehrere angekündigt, sondern auch bereits einige den Abgeordneten zugegangen. So ist schon seit mehreren Wochen eine Petition aus Delmenhorst an die Landboten gegangen, worin Abhülfe gefordert wird gegen die Verunreinigung der Delme durch die Fabrikabwässer. An Petitionen um Gehaltsaufbesserung wird es auch nicht fehlen. Wie immer werden dem Landtage, der bekanntlich sich sofort nach seinem Zusammentritt in Ausschüsse auflöst, einige arbeitsreiche Wochen bevorstehen. Auch wird es unseren Genossen nicht an Gelegenheit fehlen, mit den Gegnern der Sozialdemokratie sich auseinanderzusetzen weder in den Ausschüssen noch im Plenum. Dazu kommt, daß Oldenburg in den letzten Monaten mehrmals in wenig erhebender Weise die öffentliche Meinung in Anspruch genommen hat. Es ist anzunehmen, daß auch diese Fälle im Landtage zur Sprache kommen.

Letzte Nachrichten.

Thorn. Infolge Kohlengasvergiftung erstickten in einem hiesigen Hotel ein Hoteldiener und ein Kutscher.

Berlin. Eine Familie spurlos verschwunden. Die aus drei Personen, Vater, Mutter und Sohn bestehende Familie des Tischlers Behlow hat in einem Wahnsinnsanfalle ihre Wohnung verlassen und ist spurlos verschwunden. Mutter und Sohn bildeten sich ein, krank zu sein und sterben zu müssen, und steckten mit ihren Wahnideen schließlich auch den Vater an. Man vermutet, daß sie sich bei Oberschönweide in die Spree gestürzt haben.

Heidelberg. Massenvergiftung. Nach dem Genuß von Fleischspeisen am Sonnabend und Sonntag sind hier ca. 50 Personen an Magen- und Darmkatarrh, verbunden mit Fiebererscheinungen, z. T. recht schwer erkrankt. Die Untersuchung ist in vollem Gange.

Laibach. Nicht verschüttet. Die Meldung österreichischer Blätter, daß infolge eines Erdrutsches bei dem Bau der Wocheiner-Bahn in der Nähe von Canale 12 Arbeiter getötet worden seien, wird von Wien aus für vollkommen unbegründet erklärt.

Rom. Ein sensationeller Prozeß. Vor dem als Staatsgerichtshof zusammengetretenen Senat begann Donnerstag der Prozeß gegen den Senator und Professor der Chirurgie, Antonio Dantona, der beschuldigt ist, bei der Operation eines gewissen Paolo Jannarino in der Klinik in Neapel einen Charpiebausch in der geöffneten Seitenhöhle gelassen und dadurch den Tod des Operierten veranlaßt zu haben.

London. Hochwasser. Das südliche England und die Themsemündung wurden von schweren Unwettern heimgesucht, die durch Ueberflutungen bedeutenden Schaden anrichteten.

Heute Sonnabend Ausnahmepreise für Krellwurst und Thüringer Rotwurst Pfund 50 Pfg. Aug. Scheere.

Nur noch 7 Tage dauert unser

Reste- u. Räumungs-Ausverkauf.

Alle Reste und Roben in Wolle, Seide und Waschstoffen, Buckskins, Schürzenzeugen, Kattun, Blaudrucks, Leinen, Hemdentuch, Gardinen, Bettzeugen, Parchend und Flanellen, nur erstklassige Waren, kommen in diesen Tagen

zu nie dagewesenen billigen Preisen zum Verkauf!

Die Restbestände in:

Damen-Konfektion zu jedem annehmbaren Preise.

Ein großer Posten Herren-Anzüge, Hosen, Westen, Kostüme-Röcke, Blousen enorm billig.

Markmann & Meyer, Breitestr. 44.

Neue Rabattmarken eingetroffen.

Der Deutsche Reichstag 1903—1908.

Biographisch-statistisches Handbuch

von

Joseph Kürschner.

Sämmtliche Reichstagsabgeordnete sind nach ihren Photographien abgebildet.

Preis 50 Pfg.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Fortsetzung unseres grossen

Inventur-Ausverkaufs

zu noch nie dagewesenen Spottpreisen, teils zu halben Einkaufspreisen.

200 Stück **Kuchenteller,** statt 100 nur **25** Pf.
200 Stück **Suppenterrinen** mit Deckel nur **50** Pf.
150 Stück **Kartoffelschüsseln,** . jetzt nur **50** Pf.
100 Stück **Zuckerdosen,** . . . . jetzt **15—25** Pf.
200 St. **Vorratstonnen,** echt Porz., statt 85 jetzt **35** P.

Obertassen, echt Porzellan, weiß, Stück **3** u. **6** Pf.
Obertassen, echt Porzellan, dekoriert, . Stück **8** Pf.
Kaffeekannen, echt Porz., . Stück **30, 50, 85** Pf.
Milchtöpfe, echt Porz., Stück **8, 10, 12, 30, 40** Pf.
Butterdosen in Glas, ... jetzt nur **19** Pf.

200 Stück **Kokus-Besen,** statt 50 Pf. nur **35** Pf.
500 Stück **Auftrag-Bürsten,** . . Stück nur **4** Pf.
200 Stück **Schmutzbürsten,** . statt 15 nur **10** Pf.
200 St. **Wichsbürsten,** recht groß, statt 30 nur **22** Pf.
200 Stück **Leuwagen,** . . jetzt nur Stück **22** Pf.

10 Prozent Rabatt auf Tisch- und Hängelampen, Waschgarnituren, Kaffee- und Ess-Servicen.

Riesen-Bazar

33 Breitestrasse 33.

Holz-Verkäufe.

Am Montag den 8. Februar von nachmittags 2 Uhr ab im **Kaffeehaus Schreiber in Moisling:**

80 Rm. Buchen-Stuft und -Knüppel, 15 Rm. Eichen-Stuft und -Knüppel, 35 Haufen Eichen- und Buchen-Buschholz

---

Die glückliche Geburt eines **Zwillingspaares** (Knaben) zeigen an

Johs. Fischer und Frau geb. Dieckvoss.

Heute Morgen 7 Uhr entschlief sanft unser kleiner süßer **Martin.**

Dies zeigen betrübt an

Otto Senff u. Frau geb. Schumacher.

Logis zu vermieten.
Kl. Burgstraße 25.

Logis (Wohn- und Schlafstube), 2löch. eiserner Ofen, billig.
Wakenitzmauer 132/11.

Ein Tagesmädchen für häusliche Arbeiten.
Beckergrube 60, 2 St.

Herm. Hartog

Abbruch-Lager
Kanalstraße, unterh. der Glockengießerstr.
Verkauf von allen vorkommenden
Abbruch-Materialien.
Brennholz: Tannen pr. Raummtr. 4,50 u. 5,50, Eichen 6,50. Sonntags von 8—9 u. 11—12 Uhr geöffnet. Fernruf 1598.

Mache meinen geehrten Kunden hiermit bekannt, daß ich meinen Stand in der Markthalle

von Nr. 26

nach Nr. 34, (Eingang Mengstr. links) **verlegt habe**

und empfehle mich mit allen Fleischwaren zu den billigsten Tagespreisen

H. Block, Markthall.-Std. 34.

„Stadt Schleswig"

14 Hundestrasse 14.

Sonnabend den 6. Februar 1904:

Großes Konzert

in ganz neu dekoriertem Lokale.

Ausschank von I. Hansa-Bier.

I. Eisbein mit Sauerkohl.

Hierzu lädt ergebenst ein

J. C. B. Sehmehl.

Nur noch wenige Tage

dauert mein

Inventur-Reste-Ausverkauf.

Jeder beeile sich, von dieser günstigen Kauf-Gelegenheit Gebrauch zu machen.

Während des Ausverkaufs gebe ich

doppelte grüne Rabattmarken

und nehme volle Bücher in Zahlung mit Mk. 4.75 und 9.50.

Wilh. Bartelt

Breitestraße 25, gegenüber der Beckergrube.

Durch rechtzeitige große Abschlüsse bin ich in der Lage, meinen werten Kunden bei Einkäufen zur

Konfirmation

große Vorteile zu bieten.

In allen Abteilungen bietet mein großes Lager reiche Auswahl.

Empfehle

täglich eingehende Neuheiten in schwarzen u. farbigen Kleiderstoffen

auf eine Partie in schwarzen Neuheiten mache besonders aufmerksam

Preise sind äußerst billig. Meter von 57 Pfg. an bis 3,50 Mk.

Königstr. 91 Harry Dahnn Ecke Wahmstr.

Filiale: Schönkampstraße 6.

Trotz billiger Preise gebe grüne Rabattmarken.

Prima Kuh-Butter Pfund 50 Pfg.

Prima dicke Flohnen	per Pfd.	60 Pf.
Schweinefleisch	„ „	50 „
Karbonade	„ „	65 „
Geräucherte Schweinsköpfe	„ „	40 „
Geräuchertes Schweinefleisch	„ „	60 „
Geräucherte Karbonade	„ „	70 „
Gekochte Mettwurst	„ „	60 „
Leberwurst u. ger. Leberwurst	„ „	60 „
Preßwurst u. Braunschw.	„ „	50 „
Frisches Kopffleisch	„ „	30 „
Grütz- und Brotwurst	Stück	10 „

Fernspr. 1291. **H. Labrtz, Böttcherstr.**

Ziegenfleisch Pfd. 30 Pf. 3 Zugänger.
Beckergrube 10 und Markthalle.

Medicinal-Tokayer,
Feinster Ausser Ausbruch
Samos, Portwein,
Malaga, Madeira,
sowie
Rot- und Weißweine

J. Schlichting

Inhaber: **W. Kahfoth**

Untertrave 113.

Neu eröffnet! Neu!
Die Weinstube
der Weinhandlung E. S. Ehlers Nachfl.
40 Wahmstraße 40.

Total-Ausverkauf

20—50 % Rabatt.

1 Posten Hüte sonst 3 jetzt **1 Mk.**
1 „ „ sonst 3.15 jetzt **2** „
1 „ „ sonst 7—9 jetzt **4** „

Regenschirme

enorm billig.

Herren-Wäsche und Kravatten.

Trotz grüne Rabattmarken.

H. Stoppelman,

Schirmfabrik und Hut-Bazar,

Hüxstrasse 40.

Circus Variété.

Nur eine Stimme: Wunderbar!

So etwas haben wir doch noch nicht gesehen!

Man muß aber auch die bildschöne

Mlle. Marguerite

im Löwenzwinger mit ihren Prachttieren gesehen haben

Jede Nummer im Progr. ein Schlager.

Anfang 8 Uhr.

Stadttheater

7½ Uhr Sonnabend den 6. Februar 7½ Uhr.
133 Vorst. 20 Sonnabends-Abonn.

Gastspiel: **Viola Pabst**

Alt-Heidelberg.

4 Uhr. Sonntag den 7. Februar. 4 Uhr.

Fremden-Vorstellung

Letztes Gastspiel: **Viola Pabst.**

Frl. Kadett.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Teil der Zeitung: [illegible] Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Stadt und Land": [illegible] Verlag von Friedr. Meyer & Co. — Druck von [illegible]

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 31. Sonnabend, den 6. Februar 1904. 11. Jahrgang.

Das voreheliche Kind.

Von den außerehelich geborenen Kindern sind viele nicht als uneheliche im strengen Sinne des Wortes, sondern nur als voreheliche zu bezeichnen. Sie wurden gezeugt und geboren, ehe die Eltern die Möglichkeit hatten, einander zu heiraten. Aber die Absicht der Heirat bestand, und sie wird nachträglich auch ausgeführt, sobald Mittel und Umstände es gestatten. In der Arbeiterbevölkerung ist diese Form der Eheschließung nichts Ungewöhnliches, und auf dem Lande ist sie nicht etwa weniger als in den großen Städten verbreitet. Den besonderen Sittenvorschriften der „besseren" Kreise entspricht sie allerdings nicht. In dieser Gesellschaftsschicht gebietet die „Standesehre" dem Mann, das von ihm geschwängerte Mädchen nicht zu heiraten, sondern mit dem Kind sitzen zu lassen.

Den Eltern eines vorehelich geborenen Kindes bietet die nachfolgende Eheschließung die Möglichkeit, ihr Kind von dem Brandmal zu befreien, das die Gesellschaft lieblos urteilend und vorurteilend ihm aufdrückt. Sie hoffen das wenigstens; denn das Kind wird durch den Vater legitimiert, bekommt den Namen des Vaters und unterscheidet sich dann in nichts mehr von den ehelich geborenen Kindern. Ja, wenn's nur wahr wäre! Aber nach Jahren erst machen die Eltern die Entdeckung, daß die Spuren der vorehelichen Geburt ihres Kindes unverwischt fortbestehen. So oft ihr Sohn, ihre Tochter eine Geburtsurkunde braucht, setzt sich der Standesbeamte hin, nimmt das Geburtsregister vor, fertigt eine wörtliche Abschrift des betreffenden Blattes an und bestätigt darin dem vorehelich zur Welt gebrachten Sprößling, daß er von der unverehelichten N. N. geboren worden ist. Die Einschulung bezeichnet den ersten Abschnitt des Leidensweges, den die schmerzlich überraschten Eltern nun zu gehen haben. Das Kind selber erhält erst Aufklärung, wenn es älter wird, vielleicht schon beim Verlassen der Schule, wenn es sich einem Beruf zuwendet, mindestens aber dann, wenn es beim Militär eintritt oder eine Ehe schließen will. Nun gehen drei statt zweier den Leidensweg: das Kind samt den Eltern. Nicht jeder vermag es, sich in solcher Lage mit Gleichmut zu wappnen. Und wenn im Hinblick auf die vorehelliche Geburt eine Anstellung verweigert, ein Verlöbnis rückgängig gemacht wird, dann soll's schwer werden, gleichmütig zu bleiben. Schule und Kirche stecken bei der Einschulung bezw. bei der Konfirmation gelegentlich einen Pflock zurück und geben sich schließlich mit einem bloßen Auszug aus dem Geburtsregister zufrieden, der die vorehelliche Geburt verschweigt. Aber bei der Eheschließung des vorehelich Geborenen giebt es kein Erbarmen. Wer vorehelich geboren ist, muß es sich gefallen lassen, daß das im Aushängekasten aller Welt bekannt gemacht wird.

Die Monatsschrift „Jugendfürsorge" hat einen Aufsatz veröffentlicht, der auf diese Zustände hinweist und eine Aenderung der Bestimmungen über die Beurkundung des Personenstandes fordert. Dieser Aufsatz hat den Anstoß zu einer lebhaften Agitation gegeben, und es wird beabsichtigt, an die gesetzgebenden Körperschaften eine entsprechende Eingabe zu richten. Die Sache findet namentlich in den dem Schul- und Erziehungswesen nahestehenden Kreisen lebhafteste Unterstützung. Die Mehrzahl der Berliner Rektoren hat sich zustimmend geäußert, desgleichen die Schulärzte, und am Sonnabend hat auch der Jugendfürsorge-Verband der Berliner Lehrerschaft sich für Absendung der Petition erklärt. In Berlin werden alljährlich zwischen 1500 und 2000 Kinder legitimiert, für ganz Deutschland wird die Zahl der Legitimierungen auf jährlich 45 000 geschätzt. Man darf annehmen, daß in Berlin 30–40 000, in Deutschland eine Million Menschen leben, die vorehelich geboren und später legitimiert worden sind. Es handelt sich also um eine sehr beträchtliche Zahl von Personen, die mitbetroffen werden. Der Herausgeber der „Jugendfürsorge" teilt im Januarheft mit, daß aus Anlaß jenes Aufsatzes eine Menge zustimmender Schreiben an ihn gelangt ist, die die bittersten Klagen enthalten. Eine Familie, deren ältestes Kind vorehelich war, wanderte nach Amerika aus, um die Entdeckung zu verhüten. In einem andern Falle führte die überflüssige Ausführlichkeit der Geburtsurkunde zur Aufhebung eines Verlöbnisses; das junge Mädchen befindet sich jetzt im Irrenhause.

Es ist zu wünschen, daß die eingeleitete Agitation von Erfolg gekrönt werde. Vielleicht wird sie dazu beitragen, daß das Urteil über die Gesamtheit der außerehelich geborenen Kinder, also auch über die unehelich gebliebenen, die durch keine nachfolgende Eheschließung legitimiert werden konnten, sich in weiteren Kreisen des Volkes in ein milderes wandelt — das Urteil über die Kinder und auch über ihre Mütter.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote"

Berlin, den 4. Februar 1904.

Die Entschädigung unschuldig Verhafteter.

Der Reichstag brachte in seiner heutigen Sitzung die erste Lesung des Gesetzes über die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft zu Ende und überwies dann den Entwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern. In der Debatte rechneten unsere Vertreter gründlich mit dem Zentrum und der Regierung ab. Genosse Frohme, der als erster das Wort ergriff, ging die parlamentarische Geschichte des Gesetzentwurfs durch und zeigte, wie einerseits die Regierung sich seit Jahrzehnten auf das hartnäckigste gegen die Reform gesträubt habe, die sie jetzt vorschlage, und wie andererseits das Zentrum in seiner oppositionellen Zeit die Vorschläge auf das schärfste kritisiert hätte, denen es jetzt seinen Segen gäbe. Erinnerungen aus der Zeit des Sozialistengesetzes, die wenig schmeichelhaft für den deutschen Richterstand sind, und eine eindringende Kritik der Grundidee des Entwurfs vervollständigten den Inhalt seiner Rede. Der Staatssekretär Dr. Nieberding sah sich veranlaßt, auf die allgemein gehaltene Erörterung Frohmes mit dem Ersuchen um bestimmte Fälle zu antworten und inzwischen alle Angaben Frohmes für unglaubwürdig zu erklären. Sein unbedachter Wunsch ging sehr bald in Erfüllung. Genosse Stadthagen brachte ihm eine geradezu überwältigende Fülle von Beweismaterial in seiner glänzend-witzigen Rede bei, die trotz ihrer ungewöhnlichen Schärfe dem Vizepräsidenten Grafen Stolberg, der wohl ein dutzendmal aufsprang und nach der Glocke griff, keine Gelegenheit zum Eingreifen bot. Was er über den Fall des oldenburgischen Justizministers Ruhstrat und über mehrere andere sensationelle Prozesse der letzten Zeit sagte, wie er die juristische Unklarheit und gänzliche Unzulänglichkeit des Entwurfs kritisierte, das rief den lauten Beifall unserer Fraktion hervor und weckte im ganzen Hause wiederholt stürmische Heiterkeit, in die nur die Regierungsvertreter, die die Kosten der Scherze tragen mußten nicht mit einstimmten. Herr Nieberding, der ganz gegen seine Gewohnheit temperamentvoll und pathetisch „Her mit den einzelnen Fällen, her mit den Akten!" ausgerufen hatte, hatte plötzlich das Reden verlernt. Dafür markierten die Nationalliberalen Dr. Lukas und Deppe einen moralischen Entrüstungsrummel, und Herr Gröber vom Zentrum trat ihnen hilfreich bei, nicht ohne daß der Präsident die Grobheit seiner Worte, durch die er die Schwäche seiner Stellung zu verdecken suchte, rügen mußte. Genosse Frohme stellte gegenüber allen Verdrehungen noch einmal die Tatsachen richtig, auf die sich unsere unanfechtbare Kritik der Justizpflege stützt.

Morgen werden die sozialpolitischen Debatten beim Etat des Reichamts des Innern fortgesetzt.

24. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Staatssekretär Dr. Nieberding.

Die erste Lesung der Vorlage über die Entschädigung unschuldig Verhafteter wird fortgesetzt.

Frohme (SD.) geht auf die parlamentarische Vorgeschichte des Gesetzentwurfs ein. Vor 20 Jahren noch stand die Regierung auf dem Standpunkt, daß unschuldig erlittene Untersuchungshaft ein selbstverständliches Opfer darstelle, das der Bürger der Justizpflege bringen müsse; eine Entschädigung würde zu betrügerischen Manipulationen führen. Davon ist die Regierung ja wohl endlich abgekommen, nachdem der Widerstand der Einzelstaaten, besonders Preußens, die Reform so lange hintertrieben hat. Bedauerlich ist es, daß das Zentrum der Vorlage so freundlich gegenübersteht. Aber wenn die Regierung in ihren Anschauungen so gewechselt hat, muß sie sich sagen, daß sie auch jetzt noch weit hinter dem zurückbleibt, was im Interesse des Rechts gefordert werden muß. Unsere Anträge auf Sicherung gegen ungerechtfertigte Untersuchungshaft sind ja stets von der Regierung abgelehnt worden, sie hat in all diesen Fragen immer auf die finanziellen Schwierigkeiten hingewiesen und will uns jetzt glauben machen, daß diese niemals eine Rolle gespielt haben. Das jetzige Gesetz ist genau ebenso elendes Stückwerk und birgt genau so große Ungerechtigkeiten in sich, wie das über Entschädigung für unschuldig erlittene Strafhaft. Die Regierung hat kein Recht, sich auf die Volksmeinung zu berufen; wenn sie der Rechnung tragen wollte, dürfte von unserm ganzen heutigen Justizwesen nichts übrig bleiben. Die heutige Justiz trägt einen ausgesprochenen Klassencharakter. Das kann die sittlichste Entrüstung aller Richter und Staatsanwälte innerhalb und außerhalb dieses Hauses nicht aus der Welt schaffen. Gerade wir Sozialdemokraten haben aus der Zeit des Sozialistengesetzes her in dieser Beziehung reiche Erfahrungen. Damals waren wir vogelfrei, der schnödesten Willkür preisgegeben (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.), damals suchte man oft unter der direkten Androhung der Verhängung von Untersuchungshaft Geständnisse zu erpressen. (Große Unruhe rechts.) Wichtiger noch als die Gewährung einer Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft ist die Beseitigung der tieferen Ursachen, die zu solchen Justizirrtümern führen. Da bekämpfen wir in erster Linie die ganze Institution der Staatsanwaltschaft, die einen juristischen Nonsens darstellt. Hervorragende Juristen, wie Mittelstädt, stehen hier auf unserer Seite. Die Staatsanwaltschaft hat nur die Tendenz, Schuldige aufzufinden, Anklagen zu konstruieren und neue Delikte zu erfinden. Die alltäglichen polizeilichen Mißgriffe qualifizieren sich zum großen Teil geradezu als Amtsmißbrauch. Demgegenüber müssen wir die Beamten unter den moralischen Zwang von Bestimmungen zu stellen, wonach sie für jeden Schaden persönlich haftbar gemacht werden. Eine weitere Garantie gegen Ungerechtigkeiten würde die stärkere Heranziehung des Laienelements zur Rechtsprechung sein. Manches Urteil, das der gesunde Laienverstand nicht begreifen kann, würde dann nicht gefällt werden. Wir müssen darauf bestehen, daß alle unschuldig Verhafteten entschädigt werden, solange ihre Schuld nicht nachgewiesen ist. Halten doch die sogen. maßgebenden, gutgesinnten Kreise jeden Sozialdemokraten für hinreichend des Meineids verdächtig. Aber das Rechtsbewußtsein des Volkes läßt sich in diesen Fragen nicht mehr täuschen, es verlangt eine gründliche Reform der gesamten Strafprozeßordnung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Aus Dankbarkeit für die Ruhe und Objektivität des Vorredners will ich ihm gleich antworten. Ich habe gestern die Torheit nicht begangen, zu behaupten, daß die Regierung ihren jetzigen Standpunkt immer eingenommen habe. Statt anzuerkennen, daß wir in dieser Frage begründeten Anregungen zugängig waren, macht uns Herr Frohme jetzt noch einen Vorwurf daraus. Den Nachweis der Unschuld für die Entschädigungsberechtigung hat auch der Juristentag verlangt. Der Vorredner sprach von gewissenlosen und gesetzwidrigen Verhaftungen seitens der Staatsanwälte und Richter. Heraus mit den Fällen! Statt dessen überraschen uns die Herren mit solchen Behauptungen, ohne uns vor-

Im Eckfenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

46. Fortsetzung.

Hans fand Kathinka in der Mutter Zimmer, aber sie schien erregt heute und zerstreut; sie war freundlich wie immer, aber ihr Blick flog oft unruhig nach der Tür, und nach wenigen Minuten schon kehrte auch Herr von Schaller, aber in nicht besonderer Laune, zurück.

„Ah, bester Solberg — pünktlich — das ist recht — aber eine verdammte Geschichte — ich weiß nicht, ob ich nicht die Jagdpartie auf einen andern Tag verschieben muß — bitte, kommen Sie mit hinüber in mein Zimmer, da können Sie sich auch gleich Ihr Gewehr ansehen."

„Ist etwas vorgefallen?" fragte Hans.

„Vorgefallen? Daß ich nicht wüßte — doch, apropos, eben habe ich in der Stadt gehört, daß die alte Mäusebrod, die Schwester von unserem Oberstleutnant nebenan, in dieser Nacht plötzlich gestorben ist."

„Sollte man es denken!" rief Frau von Schaller, die Hände zusammenschlagend. „Nun, da können sich Klingenbruchs gratulieren; sie muß schmählich reich gewesen sein und hat ja für sich gar nichts gebraucht!"

„Desto mehr für die Missionen," brummte Schaller — „aber was geht uns die alte Schachtel an! Bitte, kommen Sie, Solberg; wir müssen uns wenigstens, wenn es heute nicht geht, für einen andern Tag bestimmen."

Damit schritt er ohne Weiteres voran, und Hans folgte ihm in sein kleines „Arbeitszimmer", um dort erst einmal das Nähere zu hören.

„Aber was haben Sie nur?" sagte Hans, als Schaller hier mitten in der Stube stehen blieb und ihn gewissermaßen erwartete — „Geschäfte, die Sie abhalten?"

„Oh, eine ganz verfluchte Geschichte!" sagte von Schaller ärgerlich. „Denken Sie nur, vor einer Viertelstunde höchstens bekomme ich die Anzeige, daß ein Wechsel, den ich mit unterzeichnet habe, von dem eigentlichen Aussteller nicht bezahlt und heute fällig sei, und Sie können sich denken, wie fatal mir das sein muß. Die Summe ist allerdings nicht verloren, denn der Mann ist gut genug, aber jetzt soll ich hier auf der Stelle das Geld schaffen, und mein Bankier wohnt in Berlin . . ."

„Und weshalb telegraphieren Sie nicht?"

„Das ist in diesem Falle nicht gut ausführbar, da wir gerade in einer Auseinandersetzung begriffen sind; geschrieben habe ich natürlich den Augenblick, aber so rasch kommt das Geld doch nicht, und es bleibt mir nichts anderes übrig, als die Summe hier heute in der Stadt aufzunehmen. Es kann mir ja doch wahrhaftig nicht gleichgültig sein, ob der Wechsel über Nacht unbezahlt bleibt oder nicht."

„Wie hoch ist die Summe?"

„Tausend Taler — es ist nicht viel, aber doch auch gerade genug, Einen in Verlegenheit zu bringen. Ich wollte Sie also bitten, lieber Solberg, daß wir unsere Jagd heute aufgeben, denn unter solchen Umständen sehen Sie wohl selber ein, daß ich hier bleiben muß, so fatal mir die Sache sein mag."

„Dann handelt es sich also um weiter nichts, als daß Sie augenblicklich tausend Taler beschaffen, wie? Sonst hindert Sie nichts, mitzugehen?"

„Nicht das Geringste — aber das geht eben nicht so schnell . . ."

„Vielleicht doch. Haben Sie Feder und Papier hier?"

„Was wollen Sie tun?"

„Ihnen eine Anweisung auf meinen Bankier geben, der hier in der Stadt wohnt. Schon die Anweisung zahlt den Wechsel, und die Sache ist erledigt."

„Aber, bester Solberg," rief von Schaller, „das kann ich gar nicht akzeptieren! Unter Freunden soll man überhaupt nie Geldfragen behandeln! Das sind Geschäftssachen, die deshalb mit Geschäftsleuten abgemacht werden müssen!"

„Aber, bester Freund, der paar Taler wegen wollen wir doch wahrhaftig nicht unsere Jagd versäumen! Kann ich das Papier hier nehmen?"

„Oh gewiß, jedes!" rief von Schaller. „Aber Sie verpflichten mich dadurch wirklich bärenmäßig, bester Solberg! Es kommt mir jetzt wie eine Unverschämtheit von meiner Seite vor, daß ich nur ein Wort davon erwähnt habe!"

„Unsinn," sagte Hans, indem er die Anweisung schrieb — er hörte nicht, daß zu gleicher Zeit die Tür aufging und Kathinka auf der Schwelle stand — „so wird das Ganze doch am allereinfachsten erledigt; bedarf es einer besonderen Münzsorte?"

„Nein," sagte Schaller, dem die Gegenwart Kathinkas nicht ganz angenehm zu sein schien, kurz, „gar nicht."

„So," rief Hans, von dem Stuhl wieder aufspringend, „das wäre — — Ah, mein gnädiges Fräulein!" brach er ab, als er Kathinka vor sich bemerkte, und erschrak dabei fast über ihr Aussehen, so blaß war sie in der kurzen Zeit geworden. Und mit was für einen sonderbar ernsten Blick sah sie den Vater an! Herr von Schaller bemerkte das aber gar nicht, denn er beschäftigte sich gerade mit dem auf dem Tische für Hans ausgebreiteten Jagdzeug.

„Lieber Vater!"

„Ja, mein Kind," sagte Schaller und drehte sich rasch nach ihr um.

„Wollen die Herren nicht vielleicht Kaffee trinken?"

„Oh gewiß, gewiß! Aber bring uns zwei Tassen herüber, mein Engel, denn wir müssen hier eben unsere Sachen in Stand setzen, und dann schick' doch auch gleich das Mädchen nach einer Droschke, damit wir nachher die Zeit nicht versäumen. Wir haben noch ziemlich eine halbe Stunde."

„Fährst Du auf die Jagd, Papa?" sagte Kathinka, und

her die einzelnen Fälle zu nennen. Wenn der Vorredner Mißbräuche der Justiz kennt, so möge er sie dem Reichskanzler anzeigen. Ich bürge dafür, daß die Fälle geprüft werden.

Stadthagen (SD.): Der Versuch des Staatssekretärs, Frohme zu widerlegen, ist nicht gelungen. Frohme ist ja der eigentliche Vater dieser Vorlage, der Staatssekretär nur ihre späte Mutter. (Heiterkeit.) Der Gesetzentwurf bietet den unschuldig Verhafteten keinerlei Rechte und stellt, insofern als er das diskretionäre Ermessen der Richter ins Ungemessene erweitert, keinen Fortschritt, sondern einen eminenten Rückschritt dar. (Lachen rechts.) Ferner soll das Gesetz dazu dienen, den Klagen über ungerechtfertigte Verhaftungen den Hinweis auf die Entschädigung entgegenzustellen. Ein Reichensperger hat der Regierung einen solchen Entwurf in der Kommissionsberatung vor die Füße geworfen, aber heute begrüßen ihn Zentrum und Freisinn. Es dürfen nicht zwei Klassen von Freigesprochenen geschaffen werden, sonst würde der Grundsatz gelten: Verleumde nur fest, Herr Staatsanwalt, es bleibt immer etwas hängen! Die „Kreuzzeitung" hat kürzlich verlangt, Sozialdemokraten müßten solange in Untersuchungshaft bleiben, bis sie gestehen. Dies System scheint man jetzt auch im Königsberger Geheimbundsprozeß anzuwenden. § 1 des Entwurfs ist mir sprachlich und juristisch völlig unverständlich. Er schafft neben dem hinreichenden Verdacht und dem dringenden Verdacht, den die Strafprozeßordnung kennt, die neue Art des begründeten Verdachts. All die Einschränkungen der Entschädigungspflicht würden zu den größten Uebelständen führen. Zum Beweis dafür führt Redner mehrere Fälle an. Ein Antrag Wurm-Stadthagen hatte schon im Jahre 1896 die richtigen Grenzen für die Ausnahmen von der Entschädigungspflicht gezogen. Wir haben nicht das Vertrauen zu den Richtern, daß sie unparteiisch auch den Sozialdemokraten ein Recht auf Entschädigung zubilligen werden. In ihren Augen verstößt zweifellos die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie gegen die guten Sitten. Im Kwilecki-prozeß hätten die Richter es gewiß als „gegen die guten Sitten verstoßend" bezeichnet, daß eine Frau mit 50 Jahren noch ein Kind bekomme. (Große Heiterkeit.) In der Provinz Brandenburg pflegt man die Sozialdemokraten, die Flugblätter ordnungsmäßig verbreitet haben, anzuklagen, obwohl man weiß, daß sie freigesprochen werden müssen, nur um sie durch die erwachsenen Reisekosten ꝛc. zu schikanieren. Würden die Richter solchen Freigesprochenen Entschädigung zubilligen? Ich habe kein Vertrauen zu den Richtern, höchstens das, daß sie aus Versehen einmal das Richtige treffen (Heiterkeit). Ein Redakteur des „Vorwärts" wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er das empörende Verhalten eines oberschlesischen Amtsvorstehers sehr „gemütstief" nannte. Ich verstehe das Urteil dahin, daß „Gemütstiefe" für preußische Beamte eine schwere Beleidigung ist. Zweifellos sind Untersuchungsgefangene in den Augen der Richter um so schuldiger, je unschuldiger sie sind. Es verstößt gegen die guten Sitten überhaupt einer Anklage zu widersprechen. (Heiterkeit). Nach der Vorlage soll der Vermögensschaden ersetzt werden, aber bei einem Landarbeiter wird der Fiskus meist sogar mit Recht einwenden, daß der ja gar keinen Vermögensschaden hat. Für die Freiheitsberaubung muß entschädigt werden, wie Sie (nach rechts) und der Herr Reichskanzler selbst früher stets gefordert haben — von Haiti. Damals verlangten Sie für den Kaufmann Lüders 1000 Dollars pro Tag. Eine so hohe Strafe brauchten Sie in Deutschland gar nicht einzuführen. (Heiterkeit). Der Rückgriff auf schuldige Beamte ist selbstverständlich. Wir verlangen ferner Entschädigung für jeden Zeugniszwang durch den Richter, der dies anordnet, ferner für Freiheitsberaubung durch unberechtigte Einsperrung ins Irrenhaus, besonders aber für das Verbüßenlassen einer schwereren Strafe, als im Gesetz vorgeschrieben ist. Ich werde einen bestimmten Fall vortragen, der einer deutschen Regierung nicht unbekannt sein dürfte, den bekannten Fall des Redakteurs Biermann in Oldenburg. Nachdem gerichtlich festgestellt war, daß der Justizminister Ruhstrat nicht die Hochachtung vor den Oberlandesgerichtsräten hat, wie Herr Hagemann (Heiterkeit), daß er beim Hazardspiel ein unversöhnlicher Gegner des Bimetallismus ist (Heiterkeit), verurteilen die Richter, die ja in einer gewissen Abhängigkeit vom Justizminister stehen, Herrn Biermann zu 8 Monaten Gefängnis. Herr Biermann dachte: „Spielen kannst du nicht, die ganze Justiz ist ein Spiel, das Gold deiner Wahrheit gewinnt nicht" und verlangte nun im Gefängnis, was ihm nach § 16 des Strafgesetzbuches zusteht. Der Minister, der, wie Herr Hinburg, die Strafe für eine Rache zu halten scheint, hat ihm die gesetzlich begründeten Ansprüche verweigert. Um ½8 Uhr muß Schluß gemacht werden, um 8 Uhr ist wohl das Personal im Kasino nötig. (Heiterkeit.) In ihrer Angst ging Frau Biermann zum Minister; sie hatte freilich kein Kriegsschiff hinter sich. (Heiterkeit.) Hätte der Präsident von Haiti der Frau Lüders so geantwortet, wie Herr Ruhstrat einer wehrlosen Frau, nämlich: „Ihr Mann ist ein Lump", Sie hätten gleich eine ganze Flotte neu gebaut. (Heiterkeit.) Für diese Beleidigung wurde Herr Ruhstrat zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Ich halte die Strafe aus andern Gründen für gerecht. Herr Ruhstrat kann von der Ehre des Herrn Biermann nur wenig nehmen (Heiterkeit) und das wird durch 20 Mk. ausgeglichen. Wenn aber Herr Biermann ungerecht in Untersuchungshaft saß, so bekam er keine Entschädigung; denn der Minister hat gesagt: „Du bist ein Lump", also muß er sich wohl gegen die guten Sitten vergangen haben. (Große Heiterkeit.) Ich verlange im übrigen vom Herrn Staatssekretär, daß er den Fall untersucht, da der Justizminister in Oldenburg eines Verbrechens dringend verdächtig ist, auf welches Zuchthaus steht. Sollte sich herausstellen, daß der Minister nicht den Dolus besessen hat, so müßte man in die Verfassung von Oldenburg schreiben: Zu Justizministern dürfen nur Leute genommen werden, welche befähigt sind, die Tragweite ihrer Handlungen zu übersehen. (Große Heiterkeit.) Für ungerechtfertigte Haussuchungen und ungerechtfertigte Beschlagnahme muß von dem Beamten, der für die russischen Spitzelhandlungen die Verantwortung trägt, Entschädigung gefordert werden können, und wenn's der Staatssekretär selbst ist. Wir glauben nicht, daß aus der Kommission etwas Brauchbares herauskommen wird; wir verlangen aber jedenfalls, daß der Reichstag die Forderungen der Gerechtigkeit aufstellt, wenn die Stimme des Volkes im Bundesrat nicht zu Gehör gekommen ist. (Lebhafter Beifall b. d. Sozialdem.)

Deppe (Hosp. d. NL.): Die maßlosen Angriffe des Abg. Stadthagen gegen unsere Justiz kann ich in parlamentarischen Worten nicht gebührend zurückweisen. (Lebh. Zustimmung rechts, im Zentr. u. b. d. Nationallib.) Selbst in Ihren (zu den Sozialdemokraten) Kreisen bleibt das Ansehen der Justizverwaltug Gott sei Dank groß. (Rufe: Na, na! und Lachen b. d. Soz.) Jeder Uebergriff findet seine Sühne. Auch der Abg. Müller-Meiningen hat den deutschen Richterstand verunglimpft. Die Vorbestraften dürften nur so weit von der Entschädigung ausgenommen werden, als ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind.

Groeber (Z.): Die Gründe für Herrn Stadthagens merkwürdige Entdeckung, daß der Entwurf einen Rückschritt bedeute, waren wenig stichhaltige. Warum bemüht er sich denn überhaupt, den Entwurf zu verbessern, wenn er so schlecht ist, das ist doch kompletter Unsinn. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Beamten für jeden Justizirrtum haftbar zu machen, ist unmöglich; im kapitalistischen Staat sind eben Versehen bei aller Gewissenhaftigkeit unvermeidlich. (Sehr gut! im Zentrum.)

Dr. Lucas (NL.): Die deutschen Richter stehen für die Angriffe von jener Seite (zu den Soz.) viel zu hoch. (Oho! und Gelächter b. d. Soz.) Unbedingt muß das Gesetz auf Verhaftungen im staatsanwaltlichen Ermittelungsverfahren ausgedehnt werden, denn gerade hierbei ist die Gefahr von Irrtümern besonders groß.

Frohme (SD.): Der Ton des Herrn Groeber gegen Stadthagen war ganz unangebracht. Es scheint System darin zu liegen, daß man unsere Ausführungen immer als maßlos bezeichnet. Gewiß werden wir, wenn der Entwurf verbessert aus der Kommission kommt, den kleinen Fortschritt annehmen.

Präsident Graf Ballestrem: Die Aeußerungen des Herrn Abg. Groeber, auf die der Vorredner Bezug nahm, haben mir und meinem Stellvertreter den Eindruck gemacht, daß sie sich nicht auf die Person des Herrn Abg. Stadthagen, sondern auf die Konsequenzen, die man aus seinen Ausführungen ziehen könnte, bezogen. Ich bitte aber doch alle Herren Abgeordneten, sich derartiger Kraftworte zu enthalten, die zu nichts Gutem führen und nur den Ton im Reichstag herabmindern.

Dr. Müller-Meiningen (FVp.): Es läßt sich nicht leugnen, daß das Vertrauen zum deutschen Richterstande im Volke gesunken ist. Da hilft keine Hellmalerei, nur durch offene Kennzeichnung dieser Tatsache können wir dem deutschen Richterstande nützen. (Bravo! links.)

Damit schließt die Diskussion. Der Entwurf geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern.)

Schluß 5¼ Uhr.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Lohnbewegung der Einsetzer in Berlin ist so gut wie beendet. Nachdem einige vom Holzarbeiter-Verband und vom Lokalverein der Einsetzer gleichzeitig gezählte Firmen abgerechnet worden sind, ergibt sich folgendes Endergebnis: Der Lohntarif ist von 128 Firmen mit 763 Arbeitern unterschriftlich anerkannt worden. Nur 7 Firmen mit insgesamt 12 Arbeitern haben bisher noch nicht bewilligt. — Bei der Firma C. L. Weber in Hannover sind Differenzen ausgebrochen wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes. Ein Agent ist auf der Arbeitswilligensuche. Zuzug von Kürschnern ist fernzuhalten. — Die Buchbinder bei Spear u. Söhne in Fürth sind in den Streik getreten. — Die deutschen Korbmacher werden darauf aufmerksam gemacht, daß in Christiania (Norwegen) Differenzen entstanden sind. Ueber die Geschäfte von Franz Lehmann und Hallingstad in Christiania ist die Sperre verhängt.

Die oberfränkische Handelskammer in Bayreuth beschäftigte sich mit einem Gesuch des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe an den Bundesrat und Reichstag, worin eine Aenderung des § 123 der Gewerbeordnung dahin verlangt wird, daß auch Tätlichkeiten der Gesellen oder Gehilfen unter einander den Arbeitgeber zu sofortiger Entlassung berechtigen sollen. Die Eingabe ging allen Handels- und Gewerbekammern zur Befürwortung zu, aber die Kammer für Oberfranken lehnte diese ab.

Ein Bund der Scharfmacher in Frankfurt a. M. Vorige Woche hat sich in Frankfurt a. M. eine Vereinigung der Frankfurter Arbeitgeberverbände gebildet. Zweck der Vereinigung ist die gemeinsame Behandlung und Regelung aller Fragen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, welche die Interessen der Gesamtheit der Arbeitgeber berühren, insbesondere die gemeinsame Abwehr unberechtigter Forderungen, Streiks oder Sperren der Arbeiter. Diese „gemeinsame Behandlung und Regelung" aller Fragen zwischen Arbeitern und Unternehmern ist so zu verstehen: Erheben die Arbeiter einer Branche neue Forderungen, so versucht zunächst der Verband — die einzelnen Verbände bestehen natürlich weiter — die Angelegenheit zu regeln und durch mündliche Verhandlungen zu einer Einigung zu kommen; er muß jedoch dem Bund, d. h. der Vereinigung der Verbände sofort Nachricht über die Verhandlungen geben. Bleiben diese ohne Erfolg, so greift die Vereinigung ein, indem ihre Kommission zu vermitteln sucht. Wird dabei eine Verständigung nicht erzielt, so verhängt die Vereinigung die Sperre, d. h. die renitenten Arbeiter werden ausgesperrt. Bis jetzt gehören der Vereinigung sechs Verbände an. Also würde, wenn in einer Branche Differenzen bestehen, die nicht beigelegt werden, über diese Branche, aber auch über die anderen sofort die Sperre verhängt werden. Die Konsequenz dieses Vorgehens wird sein, daß bei der geringsten Streitigkeit, die nicht beigelegt wird, die allgemeine Aussperrung eintritt.

Eine statistische Aufnahme des Textilarbeiterverbandes über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Spinner im Königreich Sachsen, die Material aus 65 Spinnereien bringt, hat ergeben, daß in fast allen Spinnereien noch der elfstündige Arbeitstag besteht. Nur drei Spinnereien machen davon eine Ausnahme, die Spinnerei Lichtentanne und die sächsische Wollgarnfabrik in Leipzig-Plagwitz mit der zehnstündigen und eine Spinnerei in Chemnitz mit der zehneinhalbstündigen Arbeitszeit. Die Spinner sind die bestbezahlten Textilarbeiter und verdienen wesentlich höhere Löhne, als die übrigen Textilarbeiter, doch werden zum Teil auch sie schlecht entlohnt. In einer Spinnerei in Eilenburg wird der Wochenlohn nur auf 6—7 Mk. im Durchschnitt angegeben. Im Bezirk Leipzig schwanken die Löhne zwischen 24 und 27 Mk., in Chemnitz zwischen 17 und 23, in Zwickau betragen sie 12 bis 24, in Krimmitschau 14—28, im Vogtlande 15—22, in Mittweida 16—23, in Werdau bis 30 Mk. In einzelnen Unternehmungen sind nur Frauen als Spinner eingestellt; hier sind die Löhne wesentlich niedriger, als in den Betrieben mit männlichen Spinnern.

Verurteilt zu 30 Mark Geldstrafe wurde Mittwoch vom Landgericht in Magdeburg Genosse Pistorius, weil er während der Landtagswahlbewegung die Genossen Brack und Tschechne veranlaßt haben soll, die „Volksstimme", welche den Wahlaufruf der Fraktion unsrer Partei enthielt, zu verteilen. Bekanntlich ist das nach § 43 der Gewerbeordnung ohne polizeiliche Erlaubnis gestattet. Genosse Pistorius war vom Schöffengericht denn auch freigesprochen worden, wurde aber nunmehr auf Grund der Berufung der Staatsanwaltschaft zu obiger Strafe verurteilt. Bei den beiden andern Genossen blieb es bei der bisherigen Strafe von 3 Mark. Revision gegen das völlig unhaltbare Urteil wird eingelegt werden.

Der Nationalkongreß der italienischen Sozialdemokraten wird nach den endgültigen Beschlüssen des Parteivorstandes im April in Bologna abgehalten werden. Auf dem Kongreß wird es zweifellos zu sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen den sogenannten zwei Tendenzen, dem revolutionären und dem revisionistischen Flügel, kommen. So hat kürzlich die Organisation der römischen Parteigenossen eine Resolution angenommen, welche ihre Spitze

---

ihr Blick suchte dabei das Auge des Vaters; aber dieser hatte sich schon wieder abgewandt und sagte nur: „Jo, mein Herz — vergiß die Droschke nicht."

Kathinka erwiderte kein Wort weiter, drehte sich ab und verließ das Zimmer, und von Scheller übergab jetzt Hans die schon zurechtgelegten Jagdutensilien. Der Kaffee wurde indessen gebracht und getrunken, und als das Mädchen gleich darauf die Droschke meldete, ging Scheller erst noch einmal mit der erhaltenen Anweisung hinüber in das Familienzimmer, und wenige Minuten später rasselte das Fuhrwerk mit den beiden Jägern dem Bahnhofsgebäude zu.

Bei Oberstleutnant Klingenbruch herrschte indessen eine ungemeine Tätigkeit, denn es verstand sich von selbst, daß die Familie nach dem Tode einer so nahen Verwandten nur in Schwarz, also tiefster Trauer erscheinen konnte.

Die beiden jungen Damen waren denn auch schon am frühesten Morgen, wie sie nur wußten, daß die verschiedenen Läden geöffnet wurden, aufgestanden, um die allernotwendigsten und nicht zu umgehenden Einkäufe zu besorgen. Die Mutter hatte ihnen freilich vor, daß es passend sein würde, der Tante noch einen letzten Besuch zu machen, um von ihr auf ihrem Sterbebette Abschied zu nehmen. Beide junge Damen erklärten aber einstimmig, daß sie das nicht vermöchten, sie könnten keine Leiche sehen, und der furchtbare Anblick würde ihnen nachher im Traume erscheinen und sie ängstigen; und da sich die Frau Oberstleutnant selber nicht vermocht fühlte, ihre tote Schwägerin zu besuchen, so blieb es eben dabei.

Die jungen Damen verbrachten einen sehr angenehmen Vormittag. Sie durften allerdings nicht auf der Straße, wie sie das sonst gern taten, mit einander flirten und lachen, denn das hätte sich, wie sie recht gut fühlten, bei einer solchen Gelegenheit nicht geschickt, aber sie konnten doch alle die verschiedenen Läden durchwandern, sich die hübschen Sachen ansehen und kaufen, wirklich kaufen, was ihnen am besten gefiel und passend schien, und so wohl war es ihnen lange nicht geworden. Der Tod der Tante war schon vergessen, wo es sich jetzt ja nur darum handelte, durch äußere schwarze Kleidung den tiefen Schmerz anzudeuten, den sie bei dem Verluste einer so nahen Verwandten empfinden mußten. Darin lag auch nichts Außergewöhnliches, denn wir können das Nämliche, wohin wir nur blicken, jeden Tag beobachten.

Der Sinn der Sitte, nach einem Todesfalle in der Familie schwarz gekleidet zu gehen, lag gerade darin, daß beabsichtigt wurde, die Leidtragenden von jedem auffallenden Putz und Schmuck fernzuhalten, damit sie, in einfacher, anspruchsloser und düsterer Kleidung, ihre Gedanken nicht auf andere, weltliche Dinge abschweifen ließen. Aber die Industrie bemächtigte sich der Sache, und es ist jetzt dahin gekommen, daß es manchen Damen sogar als äußerst willkommen erscheint, einmal auf kurze Zeit Trauer anzulegen und sich dadurch eine ganz neue, oft für ihren Teint außerordentlich vorteilhafte Toilette zu schaffen.

Wenn man eine solche Dame in Trauer sieht, so ist ihre Kleidung allerdings durchaus schwarz und läßt darin nichts zu wünschen übrig, aber betrachten wir sie näher, so finden wir ihre einfache Kleidung mit schwarzem Schmelz geflickt, Armbänder und Ohrringe von Steinkohlen-Imitation, dazu Brosche, Uhrkette ꝛc., und die Hüte mit wenn auch schwarzen, doch bestimmt Federn verziert, ja oft noch von schwarzen Perlen eingefaßt. Heißt das Trauer anlegen, sobald man sich eine Maße wenn auch schwarzen Fürlefanz anhängt und sich nach besten Kräften nur in einer gegebenen Farbe herausputzt?

Die amerikanische und englische Sitte ist praktisch, daß in dem Hause, wo ein Todesfall stattfand, ein schwarzer Flor an der Haustürklinke den Eintretenden benachrichtigt, nicht mit lauter Fröhlichkeit zu nahen — schon seiner selbst wegen, wenn er vorher keine Ahnung hatte, was hier vorgefallen. Alles Andere ist Tand und wird nur zu oft, besonders von den Damen, ausgebeutet, um — nicht ihr Leid zu zeigen, sondern nur eine Variation in ihre Toilette zu bringen.

Die beiden gnädigen Fräulein von Klingenbruch betrieben denn auch heute das so traurige Geschäft des Leidtragens in wirklich musterhafter Fassung. Flora wurde allerdings bei der Auswahl der verschiedenen Artikel manchmal lebendiger, als es sich eigentlich mit dem Ernst der Situation vertrug, aber ein mahnender Blick der Schwester hemmte sie immer noch zur rechten Zeit und rief den Ernst auf ihre jugendlich lebendigen Züge zurück — die Tante war ja gestorben —, und mit einem Dienstmanne hinter sich, der die bis jetzt gekauften oder wenigstens zur Auswahl bestimmten Waren trug, eilten sie nach Hause zurück. An dem einen Vormittag waren sie natürlich nicht fertig geworden.

Ihnen gegenüber im Café oder sogenannten „Eckfenster" saßen einige junge Offiziere, rauchten ihre Zigarre, tranken ihren Kaffee und musterten die Vorübergehenden. Es waren Drahtgitter am Fenster angebracht, so daß man von innen Alles deutlich sehen konnte, was außen vorging, aber von dort nicht bemerkt wurde.

Meistens Kavallerie-Offiziere hatten sich heute hier zusammengefunden und den „Hauptplatz" auch gleich in Beschlag genommen, und es konnte in der Tat für einen Sitz in einem Kaffeehause keinen geschickteren Ort geben.

(Fortsetzung folgt.)

gegen die Revisionisten richtet und folgenden Wortlaut hat: Die römisch-sozialistische Union gibt den Genossen, welche am sozialistischen Kongreß teilnehmen, den Auftrag: 1. eine Kundgebung herbeizuführen, in welcher die Annahme einer königlichen Berufung zu einer Vertretung der Arbeiterklasse als mit der Eigenschaft eines Sozialisten unvereinbar erklärt wird; 2. gegen die Beteiligung der Sozialisten am höheren Arbeitsrat zu stimmen, solange nicht den arbeitenden Klassen, gemäß den Beschlüssen der Arbeiterkongresse, im Arbeitsamt eine entsprechende Vertretung gegeben worden ist.

Mit Schippels letztem Wort zum Frieden beschäftigt sich nochmals Kautsky in einer Zuschrift an den „Vorwärts", in der er den Nachweis führt, daß er die handelspolitischen Seitensprünge Schipp ls sofort nach dem Erscheinen seines Buches „Grundzüge der Handelspolitik" publizistisch aufgedeckt hat. Kautsky schließt: „Wir müssen Klarheit schaffen über Schippel. Er ist Vertreter unserer Partei im Reichstage, und jede Beschuldigung, die ihn trifft, bleibt an ihr hängen, wenn diese sie auf die leichte Achsel nimmt. Man komme nicht mit dem Hinweis auf den Parteifrieden, der ein Zudecken jeglicher Entgleisung mit dem Mantel christlicher Liebe erheische. Bei Schippel kann man nicht mehr von einer Entgleisung reden. Es handelt sich bei ihm um systematisch entwickelte und propagierte Anschauungen. Und es wäre ein schlimmes Zeichen für die innere Gesundheit unserer Partei, sollte sie es um des lieben Friedens, das heißt der Bequemlichkeit willen, zur Mode werden lassen, daß man einzelnen unserer Abgeordneten Doppelzüngigkeit und Verrat vorwerfen darf, ohne daß ein Hahn danach kräht. Wir dürfen erwarten, daß sie in einem solchen Falle stets Ankläger und Angeklagte zur Rechenschaft zieht, um ihren Ehrenschild blank zu erhalten." Auch Gen. Reinke, der „Vorwärts"-Berichterstatter des Schippel-Vortrags, bleibt in einer weiteren Erklärung dabei stehen, daß er das, was Schippel gesagt, richtig wiedergegeben habe, und beruft sich auf das Zeugnis mehrerer urteilsfähiger Versammlungsbesucher, die ihm das unaufgefordert bestätigt haben.

Aus den Organisationen. Der sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Guben-Lübben, der im letzten Jahre von 215 auf 320 Mitglieder stieg, beschloß in seiner Generalversammlung, daß in Zukunft auf 20 Mitglieder ein Delegierter zur Generalversammlung zu wählen ist. Der sozialdemokratische Verein für den vierten sächsischen Reichstagswahlkreis (Dresden rechts der Elbe) hatte im abgelaufenen Jahre einen Mitgliederzuwachs von 345 und jetzt 1446 Mitglieder. Die Einnahmen betrugen 10 351 Mark. Die Reichstagswahl kostete 5565 Mark, die Landtagswahl 1499 Mark. Die „Sächsische Arbeiterzeitung" hat in diesem Kreise 5670, der „Volksfreund" 960 Abonnenten. Es giebt in den Landorten des Kreises 47 sozialdemokratische Gemeindevertreter. Gegen 150 Genossinnen sind im Kreise organisiert. Der sozialdemokratische Verein für den sechsten sächsischen Reichstagswahlkreis (Dresden Land links der Elbe) zählt jetzt 3734 Mitglieder gegen 2188 im Anfange des Jahres; unter den Mitgliedern sind 292 weibliche. Die Gesamteinnahme betrug 23 969 Mark, darunter 13 857 Mk. aus Mitgliederbeiträgen. Unter den Ausgaben befinden sich 2000 Mark an den Hauptvorstand und 1000 Mark für Krimmitschau. „Sächsische Arbeiterzeitung" und „Volksfreund" haben in dem Kreise zusammen 9514 Abonnenten. Die Mitgliederzahl verteilt sich auf 92 Orte, etwa die Hälfte der den Kreis bildenden Ortschaften. In den Gemeindeverwaltungen des Kreises sitzen 95 Parteigenossen.

„Kommunale Praxis", Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus; Herausgeber Dr. Albert Südekum, Verlag Kaden u. Comp. in Dresden. Mit der eben erschienenen dritten Nummer des vierten Jahrgangs hat die „Kommunale Praxis" ein neues Gewand angezogen; die technische Ausstattung entspricht jetzt den weitestgehenden Anforderungen, die man an eine Zeitschrift stellen kann. Aus dem reichen Inhalt der letzten Nummer heben wir hervor: eine Abhandlung von O. Zielowski über Die städtische Steuerreform in Frankfurt am Main; Gemeindevertreter W. Schichhold in Slamen behandelt die wichtige Frage der Kommunalpolitik auf dem Dorfe in einem Artikel, der sich zum Teil gegen eine früher schon in der „Kommunalen Praxis" erschienene Arbeit des Abgeordneten Edmund Fischer über dasselbe Thema wendet; neben einem überaus reichen Notizenteil über alle Gebiete des Gemeindelebens enthält die Nummer in ihrer technischen Beilage auch noch einen reich illustrierten Beitrag von dem Ingenieur P. M. Grempe über Elektrische Omnibusanlagen als Verkehrsmittel für kleine Gemeinden. — Die „Kommunale Praxis" erscheint am 1. und 15 jeden Monats und kostet vierteljährlich nur 1,50 Mk. Das Abonnement ist allen denjenigen zu empfehlen, die sich für die wichtigen Fragen des Gemeindelebens interessieren.

Antionio Labriola. Wie schon kurz gemeldet, hat der italienische, ja der internationale Sozialismus einen schweren Verlust erlitten. Am Dienstag starb in Rom an den Folgen einer Kehlkopfoperation Genosse Antonio Labriola, im Alter von 62 Jahren. An seiner Bahre stehen trauernd die italienische sozialdemokratische Partei und die Wissenschaft; für beide ist sein Verlust ein gleich schwerer. Labriola hat in ernster wissenschaftlicher Arbeit, besonders auf dem Gebiet der Erforschung der materialistischen Geschichtsauffassung, Hervorragendes geleistet. Seine Monographien über Probleme des Marxismus haben nicht nur in Italien selbst durch ihren Scharfsinn, ihre kühle Sachlichkeit, ihr klares, logisches Denken befruchtend gewirkt auf die nationalökonomische und die historische Wissenschaft; ihre Wirkung war eine internationale, und zahlreiche Uebersetzungen in die romanischen Sprachen zeugen für die Wertschätzung, welcher Labriola sich in der Welt der Gelehrten erfreute. Labriola lehrte seit vielen Jahren an der Universität Rom; ungehindert und frei gab er in seinen Vorlesungen seiner sozialistischen Ueberzeugung Ausdruck. Seine Schüler vergötterten ihn; sein Kollegium war vielleicht das besuchteste an der römischen Universität. In den letzten Jahren zwang ein hartnäckiges Kehlkopfleiden den Gelehrten, seine Vorlesungen einzustellen und sich auf die schriftstellerische Tätigkeit zu beschränken. Der Partei gehörte Professor Labriola seit vielen Jahren an; mit Friedrich Engels, Karl Kautsky, Bebel, Viktor Adler, Klara Zetkin verband ihn das Band persönlicher Freundschaft und gemeinsamen Strebens auf dem Boden der gleichen wissenschaftlichen Erkenntnis. In dem italienischen Parteistreit, der leider noch weit von seinem Abschluß entfernt ist, vertrat Labriola die marxistische Richtung, deren theoretischer Führer er war. Seinen treuen Rat, seine uneigennützige Kraft wird die italienische Partei schwer entbehren.

Vom Sozialismus, der die Welt erobert. Anfangs dieses Monats erschien auf der durch das Erdbeben so furchtbar heimgesuchten Insel Martinique die erste Nummer einer sozialistischen Zeitung „Le Proletaire", die von der sozialdemokratischen Partei von Fort de France veröffentlicht wird. Die neue Zeitung, die jeden Sonnabend erscheinen wird, tritt an die Stelle einer andern Zeitung mit dem gleichen Namen, die zu Saint-Pierre gedruckt wurde und gemeinsam mit der unglücklichen Stadt in der entsetzlichen Katastrophe von Martinique ihr Ende gefunden hat.

Aus Nah und Fern.

Der verstärkte militärische Wink. Vor dem Kriegsgericht der 5. Division in Nürnberg hatte sich der Artillerieleutnant der Reserve Eduard Eyssen aus Frankfurt a. M., jetzt Kunsthistoriker in Heidelberg, wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt zu verantworten. Es lag ihm zur Last, gelegentlich des vorjährigen Manövers, in dem er eine Batterie führte, beim Richten eines Geschützes auf den „Feind" einen Kanonier „Saubauer" genannt und ins Gesicht geschlagen zu haben, weil der Mann nicht flink genug war. Der Angeklagte wollte sich auf den „Saubauer" nicht mehr entsinnen können, er gab aber zu, daß er vielleicht Lümmel oder etwas ähnliches gesagt habe, geschlagen habe er jedoch nicht. Wenn er den Kanonier wirklich getroffen haben sollte, so sei das nur aus Versehen und unabsichtlich geschehen, als er den Mannschaften Winke für das Richten gab. Mehrere Zeugen bekundeten aber, daß E. dem Kanonier zugerufen hat; „Links, du Saubauer, oder ich haue dir eine herunter!" und daß er sich dann herumgedreht und den Mann ins Gesicht geschlagen habe. Ein Unteroffizier erklärte mit aller Bestimmtheit, es sei ein kräftiger Schlag gewesen, nicht etwa ein Wink. Das Gericht schenkte dem Leutnant jedoch mehr Glauben und nahm nur ein Vergehen der Beleidigung eines Untergebenen als vorliegend an; der Angeklagte wurde zu zwei Tagen Stubenarrest verurteilt. In den Gründen heißt es, er habe keinen Schlag geführt, sondern nur einen verstärkten Wink gegeben. Dieser verstärkte Wink, dessen sich wohl bald die Witzblätter bemächtigen werden, ist ein würdiges Seitenstück zu den berühmten schmerzlosen Ohrfeigen, die bekanntlich auch eine Erfindung der bayerischen Militärgerichte sind.

Das Reichsgericht und die sächsische Justiz. Ein interessanter Prozeß fand am Dienstag vor dem Reichsgericht statt. Der Schlosser Artur Starrowsky in Dresden hatte sich am 30. September v. J vor dem Schwurgerichte Dresden wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung zu verantworten, wurde aber nur einfacher Körperverletzung für schuldig befunden und zu einer mäßigen Gefängnisstrafe verurteilt. In seiner Revision erklärte er seine Verurteilung für unzulässig, da ein Strafantrag überhaupt nicht gestellt sei. Die Prüfung der Akten ergab, daß der Verletzte S. gefragt worden war, ob er Strafantrag stellen wolle, aber ausdrücklich erklärt hat, daß er es nicht tue. Da einfache Körperverletzungen nur auf Antrag verfolgt werden, so beantragte der Reichsanwalt Aufhebung des Urteils und Einstellung des Verfahrens. Das Reichsgericht ging aber noch weiter; es hob nicht nur das Urteil auf und stellte das Verfahren ein, sondern es legte außer den Kosten auch die notwendigen Auslagen des Angeklagten der Staatskasse auf.

Ein schwarzes Blatt preußischer Justizgeschichte. Am 2. Februar waren zwanzig Jahre verflossen, daß der Barbier Albert Ziethen vom Schwurgericht in Elberfeld als vermeintlicher Mörder seiner Ehefrau zum Tode verurteilt wurde. Nach Verwerfung der von ihm eingelegten Revision wurde alsdann am 30. Juli 1884 die erkannte Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Diese trat er in der Strafanstalt zu Werden a. d. R. an, in welcher er am 31. Juli 1901, 56 Jahre alt, starb. Bekanntlich ließ Ziethen bis zu seinem Lebensende nicht ab, seine Unschuld zu beteuern, und weite Schichten der Bevölkerung hielten seinen Fall für mindestens so wenig aufgeklärt und seinen ehemaligen Gehilfen Wilhelm für der Täterschaft so verdächtig, daß mehrfach Versuche, ein Wiederaufnahmeverfahren zu erwirken, gemacht wurden. Wilhelm selbst erklärte wiederholt, der Mörder zu sein. Männer verschiedener Berufskreise, wie Moritz von Egidy Wilh. Liebknecht, Paul Lindau, der Prager Kriminalist Lohsing, sowie Ziethens Rechtsbeistände, sie alle haben sich leider vergeblich bemüht, eine nochmalige Verhandlung dieser Strafsache herbeizuführen. Nun, nachdem zwanzig Jahre seit dem bedenklichen Elberfelder Urteil dahingegangen sind und auch Albert Ziethen selbst schon aus dem Leben geschieden ist, nun wird die Sache wohl nicht mehr aufgeklärt werden.

Wegen Soldatenmißhandlung hatte sich vor dem Kriegsgericht in Trier ein Unteroffizier des Inf.-Regts. Nr. 30 zu verantworten. Es handelte sich um mehrere Fälle, besonders um einen, wo der Unteroffizier nach der Anklage einen Soldaten so schwer mißhandelt habe, daß dieser krank und dienstuntauglich wurde. Der Soldat leidet an Fallsucht. Nach dem Gutachten der Aerzte sind die Mißhandlungen nicht die Ursache der Epilepsie. Das Urteil lautete auf insgesamt — sechs Wochen Arrest.

Braunschweig. Mordversuch auf offener Straße. In Osterode im Harz schoß Dr. Beckmann aus Wiesbaden auf offener Straße zweimal auf den Bankdirektor Scheiber. Die Verletzungen an Arm und Bein sind nicht lebensgefährlich. Der Täter wurde verhaftet. Der Grund des Attentats sind angeblich geschäftliche Differenzen.

Heiligenstadt. Mord. In Lutter wurde Donnerstag früh die 25jährige Witwe Günther durch den 20jährigen Kaufmann Kurtius aus Dillingen durch Dolchstiche ermordet. Der Mörder wurde in das hiesige Gefängnis eingeliefert. Ueber die Ursache der Tat ist noch nichts bekannt.

Gelsenkirchen. Selbstmord eines Knaben. Aus Furcht vor einer längeren Freiheitsstrafe erhängte sich hier ein 13jähriger Schüler.

Kurpfuscher-Prozeß. Vor der Strafkammer in Mainz hatte sich der 46 Jahre alte Kurpfuscher Otterson zu verantworten. Er wurde wegen dreier Fälle, in denen die Patienten gestorben sind, zu 1 Jahr Gefängnis und 500 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte wurde sofort in Haft genommen.

Den Arm aus dem Gelenk geredet. Jawohl, geredet. Auch das kommt, wie aus Newyork berichtet wird, vor. Der Prediger Dr. Kaylor aus Pittsburg, der auf der Versammlung des Generalvereins der Presbyterianer in Newyork eine Ansprache hielt, begleitete seine Worte mit energischen Gesten, wobei er seinen Arm in eigentümlicher Art senkrecht zu erheben pflegte. Als er diese Bewegung wieder einmal besonders kräftig ausführte, konnte er den Arm nicht wieder herablassen. Das Gelenk versagte den Dienst. Die seltsame Haltung, die Dr. Kaylor infolgedessen einnahm, erregte zuerst die Heiterkeit der Zuhörer, die sich nicht erklären konnten, warum der Redner die Geste eindringlicher Ermahnung dauernd beibehielt. Schließlich rief Dr. Kaylor um Hilfe. Es wurde eine Ambulanz geholt, die den so seltsam Verunglückten ins Krankenhaus schaffte.

Ueber Welthandel und Weltfinanzen macht das statistische Amt in Washington Mitteilungen. Die Gesamtausfuhr aller Länder betrug im Jahre 1902 (für einige Länder mußte das Jahr 1901 zu grunde gelegt werden) 10 278 616 000 Dollar und die Gesamteinfuhr 11 525 755 000 Dollar. Der Unterschied in diesen Zahlen bringt teils den Wertaufschlag infolge der Transportkosten zur Erscheinung, teils erklärt er sich dadurch, daß die Einfuhr eines Landes schärfer kontrollirt wird als die Ausfuhr. Die Staatseinkünfte aller Länder belaufen sich auf 7 854 301 000 Dollar und die Gesamtausgaben auf 7 939 504 000 Dollar. Die Schuldenlasten werden mit 34 389 604 970 Dollar angesetzt und der Zinsendienst hierfür mit 1 416 397 448 Dollar. Staatliches Geld giebt es in der Höhe von 11 999 300 000 Dollar, wovon ein Drittel, nämlich 2 963 600 000 Dollar ungedecktes Papiergeld darstellt, 5 355 000 000 Dollar aus Gold besteht und 3 690 700 000 Dollar aus Silber.

Die Hebung einer ganzen Stadt wird demnächst in Amerika erfolgen. Die Stadt Galveston am Mexikanischen Golf wurde im September 1900 durch einen Sturm und eine mächtige Welle zerstört, die das Ufer, auf dem die Stadt erbaut ist, überschwemmte Um die Wiederkehr einer derartigen Katastrophe zu verhüten, soll nun die ganze Stadt, also nicht nur die Gebäude, Boulevards, Parks und Kais, kurz alles, was auf dem heutigen Grund steht, um 17 Fuß gehoben und der Zwischenraum zwischen dem alten und neuen Niveau so aufgefüllt werden, daß die ganze Stadt um den genannten Betrag höher zu liegen kommen würde. Die Kosten des Plans sind auf rund vierzehn Millionen Mark geschätzt und der Vertrag zu seiner Ausführung ist bereits abgeschlossen worden. Der Urheber des Plans ist der Ingenieur Bates, der auch die Arbeiten leiten wird, während letztere einer großen Newyorker Firma übertragen worden sind. Aehnliches ist bisher nur in Chikago unternommen worden, wo größere Stadtteile infolge Steigens des Michigansees eine Hebung erfahren mußten, die durch hydraulische Pressen bewirkt wurde.

Welches ist das am besten genährte Volk? Die „Pall Mall Gazette" veröffentlicht unter dieser Aufschrift eine merkwürdige Studie nach den allgemeinen Statistiken Großbritanniens und des Festlandes. Ein Engländer gibt jährlich für seinen Lebensunterhalt 192 Mk. aus, ein Franzose 188, ein Deutscher 168, ein Spanier 132, ein Italiener 96, ein Russe 92. Aber die größte Ausgabe beweist noch nicht, daß die Lebensmittel besser oder reichlicher sind, da sie in einem Lande teurer sein können als in dem andern. Um sich hierüber Klarheit zu verschaffen, müßte man also die Quantität der verbrauchten Lebensmittel kennen. In Rußland verbraucht jeder Einwohner jährlich 633 Pfund Brot, in Deutschland 560, in Frankreich 540, in Spanien 480, in Italien 400, in England 380. Der Engländer ißt jährlich 109 Pfund Fleisch, während der Franzose sich mit 77 begnügt, der Deutsche mit 64, der Russe mit 51 und der Italiener mit 26. „Sage mir, was Du ißt, und ich sage Dir, wer Du bist." Dieser Lehrspruch Brillat-Savarins, des berühmten Verfassers der Physiologie des Geschmacks, bewahrheitet sich genau. Der Engländer ißt viel Fleisch, der Franzose und Deutsche sind in allem mäßig, und der Italiener lebt von Hoffnungen. Interessant ist auch folgende Einzelheit. Die Bewohner des vereinigten Königreichs konsumieren fünfmal soviel Zucker, wie die Einwohner Deutschlands, Frankreichs und Italiens und zehnmal mehr, als die Bewohner Rußlands.

Diese kleinen Garnisonen!

„Ein Forbach gibts nur in der Welt."
Piff! Paff! Pirna sich hat eingestellt.
Kaum waren da die Schüsse verhallt,
Da hat's schon wieder in Chemnitz geknallt.
So ist jeder Fall begleitet von Knall,
Und die Leutnants verschwinden Knall und Fall.

„Kladderadatsch."

Lübecker Stadttheater.

Stella und Antonie, Schauspiel in 4 Aufzügen von Otto Julius Bierbaum. Und laßt uns wieder von der Liebe reden, wie schon so oft: Johann Christian hatte Rechtswissenschaft studiert. Eines Tages aber, als er Stella, die Schauspielerin, gesehen, gefiel es ihm nicht mehr, sich mit dem Korpusjuris abzuquälen. Er warf den gelehrten Plunder hin und heftete sich an Stellas Sohlen. Schließlich wurde er gar Direktor einer herumwandernden Theatertruppe und zugleich auch sein eigener Theaterdichter; Stella und die rasende Liebe zu ihr waren es, die ihn zu seinen Dichtungen besonders inspirierten. Die Freundschaft mit Stella ging jedoch bald in die Brüche: der lose Schmetterling brannte mit dem Souffleur durch. Diesen Schlag vermochte Johann Christian nicht zu überwinden; sein guter Genius fehlte ihm jetzt. So stark wie ehemals seine Liebe gewesen, so mächtig wurde nun seine Verachtung der Weiber. Und als er eines Tages mit seiner Truppe zum Grafen Birkenthal kommt, um am Verlobungstage der Komtesse Antonie den Gästen aufzuspielen, wird er beim Vortrage des Verlobungskarmens von seinem Weiberhasse derartig übermannt, daß er Antonie, die ihm nichts getan, in gröblichster Weise beschimpft und verlästert, weil er in ihr nur das an sich verachtenswerte Weib sieht. Der Graf läßt den Wahnsinnstollen ergreifen und durchpeitschen, um die Schmach zu sühnen. Aber Johann Christian ist standhaft und verbeißt den rasenden Schmerz. Gerade durch diese Standhaftigkeit wird jedoch Antonie für ihn eingenommen. Sie verhindert die schlimmsten Martern und geht im Uebermut so weit, sich den unbändigen Weiberhasser als Kammerdiener

auszubitten, um ihn zu erziehen. Zunächst ist die Erziehung des widerborstigen Gesellen zwar etwas schwierig, aber sie gelingt doch, wenn auch Johann Christian noch so sehr an seinen Rosenketten rüttelt. Hatte Antonie indessen geglaubt, nur ihr loses Spiel treiben zu können, so war das eine gröbliche Täuschung. Was zunächst Spiel und Scherz, wird schließlich bitterer Ernst. Der geistvolle Kammerdiener, der so vorteilhaft von den faden Gecken ihrer Standesgenossen absticht, erobert sich ihr Herz. Da kehrt Stella, die inzwischen ihres Souffleurs wieder überdrüssig geworden, von ihren Irrfahrten nach Birkenthal zurück. Kaum hat aber Johann Christian sie gesehen, da erwacht in ihm die alte, niemals ganz erstickte Liebe zu ihr wieder. Er streift die goldenen Sklavenketten Antoniens ab, um als Dichter und Theaterdirektor sein eigenes, besseres Ich wiederzufinden. Diese Trennung kann Antonie nicht ertragen; sie eilt dem Flüchtigen nach und sucht ihn Stella abzukaufen. Stella, die vom Geldteufel besessen ist, geht auf den Kauf anscheinend ein; als sie sich aber für das Geld bedankt, erdolcht sie Antonien, sie will Johann Christian nicht in ihrem Besitz wissen. Der blutige Frevel Stella's bringt Johann Christian zur Besinnung: hingerissen von der hingebenden Liebe Antoniens entleibt er sich. Das ist in kurzen, schlichten Worten der Inhalt der tragischen Geschichte, die den Hintergrund zu Bierbaums Schauspiel abgibt. Es ist eine Tragödie im wahrsten Sinne des Wortes. Zweifelsfrei scheint uns festzustehen, daß Bierbaum, der ein echter Dichter ist, weit mehr bezweckt hat, als einen, im Grunde genommen, fast alltäglichen Liebesroman zu geben. Uns dünkt vielmehr, daß er in Stella lediglich die robuste Natur, in Antonie die verfeinerte Kultur verkörpert hat. Beide, Natur und Kultur, führen den Kampf um den Dichter. Siegreich bleibt zwar die grobsinnliche Natur, aber da der Dichter ohne die Kultur nicht leben kann, so muß er schließlich tragisch enden. Es läßt sich nicht bestreiten, daß Bierbaum seinen Stoff im großen und ganzen gemeistert hat. Sein Schauspiel zeigt dramatisches Leben; der Lyriker Bierbaum kommt nur sehr wenig zum Vorschein. Die Aufführung, welche unser Theater dem Schauspiel angedeihen ließ, war gut. Insbesondere bot Felix Rossert mit dem Johann Christian wieder eine echte Bravourleistung. Sein Spiel war fein abgetönt und fesselte deshalb auch im höchsten Maße. Antonie wurde von Elsa Mehnert beifallswürdig gespielt. Etwas oberflächlich gab Berna Dewald die Stella; allerdings trägt bis zu einem gewissen Grade Bierbaum selbst die Schuld daran, der diese Rolle recht stiefmütterlich bedacht hat. Auch Bertha Brückner als Gräfin gefiel uns nicht vom Besten. Die Bewegungen waren viel zu marionettenhaft, die Sprache blieb ohne Ein- und Ausdruck. Die übrigen Mitspieler erfüllten nach besten Kräften ihre Aufgaben. Inszeniert war das Schauspiel von Hugo Diehl, der sich damit erstmals als Regisseur vorstellte. Im Großen und Ganzen hatte er durchaus das Richtige getroffen: die Bühnenbilder zeugten von Geschmack. und mit geringen Ausnahmen war jeder an den richtigen Platz gestellt. Der Beifall nach den einzelnen Akten war ziemlich lebhaft; ein Zugstück dürfte aber „Stella und Antonie" trotzdem nicht werden, denn dazu ist es viel zu fein und zart. -o-

Alessandro Stradella, Oper in 3 Akten von Flotow, wurde am Donnerstag Abend mit gutem Erfolge aufgeführt. Allerdings sorgte für das gute Gelingen der Vorstellung in erster Linie eine auswärtige Künstlerin, Frau Hindermann vom Hamburger Stadttheater, die an Stelle des erkrankten Frl. Daniela die Leonore sang. Die mit sehr wohlklingender Stimme ausgerüstete Dame bewies durch die tadellose Wiedergabe ihrer Partie, namentlich aber durch die exakte Ausführung der schwierigsten Triller, daß sie eine Koloratursängerin ersten Ranges ist; dazu kommt noch die saubere Intonierung und die sinngemäße Darstellung. Die Dame wurde wiederholt, auch bei offener Szene, mit lebhaftem Beifall für ihre treffliche Leistung belohnt. Um den Stradella bemühte sich erfolgreich Herr Maurick. Ein vorzügliches Banditenpaar stellten die Herrn Baumann und Kruthoffer auf die Bühne. Die von Herrn Kapellmeister Weys geleitete Aufführung gefiel dem Publikum sehr. Zum Schluß gab es noch Humperdincks „Hänsel und Gretel", in welcher Oper Frau Hindermann die Gretel in natürlicher, gewinnender Weise spielte und sang.

L.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 4. Februar.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 1650 Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Versandtschweine, schwere 45–46 Mk., leichte 45–46 M., Sauen 40–45 M. und Ferkel 41–44 M. pro 100 Pfund.

Schuhwaren-Räumungs-Ausverkauf.

1 Posten Herren-Segeltuchschuhe 2.00 Mk.
1 Posten Herren-Zugschuhe, Roßleder 4.00 Mk
1 Posten Herren-Zugstiefel, Spiegelkreß, sonst 8-12, jetzt 6.50 Mk
1 Posten Herren-Zugstiefel 3.75 Mk.

1 Posten Damen-Schnürschuhe mit Lackbl sonst 5-8, j. 3.00 Mk.
1 Posten Damen-Spangenschuhe 2.00 Mk.
1 Posten Damen-Lackschuhe 1.50 Mk
1 Posten Damen-Ballschuhe, weiß Glacee 2.75 Mk

1 Posten Damen-Atlasschuhe 2.00 Mk.
1 Posten Knaben-Agraffenst., 27/30 2.90, 31/35 3.40 Mk.
1 Posten Mädchen-Knopfst., 22/26 2.25 Mk. 27/30 2.90 Mk.
1 Posten Kinderschuhe 50 Pf.

Herren-Lederpantoffel 2 Mk. Damen-Lederpantoffel 1.40 Mk.

Louis Levy, obere Marlesgrube 4, Ecke Klingenberg.

General-Versammlung

der

Männer- und Frauen-Sterbekasse Amicitia

am Sonnabend den 6. Februar
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Jahr 1903 2. Wahlen
3. Verschiedenes

Der Vorstand.

Deutscher

Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend den 6. Februar
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50 52

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Abrechnung vom Wintervergnügen
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

H. Bremer, Mühlenstraße 27.

Total-Ausverkauf.

Wegen Aufgabe des Geschäfts zu und unter Einkaufs-Preisen:

Kleiderstoffe
Bettzeuge
Hemdentuche
Schürzenstoffe
Buckskin-Reste
Buckskin-Hosen
Normal-Unterzeuge
Schürzen
Fertige Bettbezüge
Bettdecken
Teller- und Gläsertücher
Kleider-Reste

sowie viele andere Sachen.

H. Bremer, Mühlenstraße 27.

Markthalle.

Stand 26 Stand 26

Pa. jung. fettes Rindfleisch Pfd. 50 Pfg.
ff. Bratenstücke „ 50 „
Schweinefleisch „ 50 „
Kardonade und Flohmen „ 60 „

Stand 26. **Fr. Keller.** Stand 26.

Die Lübecker

Margarine-Fabrik „Hansa"

J. Schröder & Co.
Rebenhofstraße 7 Telephon Nr. 913
empfiehlt stets frische
Margarine
welche in den meisten Geschäften zu haben ist.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde (E. V.)

Stiftungsfest

am Dienstag den 9. Februar
im Kolosseum.
Saalöffnung 7 Uhr.
Anfang 7½ Uhr.

Konzert

gesangl. u deklamatorische Vorträge u. gütg. Mitwirkg. d. Mitgl. d. h. Stadttheaters, Frl. **E. Bartels** u. Herrn **Scholz**; ferner d Hrn. **Kapellmstr. L. Jessel** und Herrn Solo-cellist **Matschke** v d Kgmtsk 2c.

Ball.

Eintritt f. Mitgl. u. Angeh.: 40 Pf., Nichtmitgl.: 80 Pf. Karten im Vorverkauf bei d. Herren: **F. Grünau**, Breitestraße 24; **E. Radtke** Mühlenstr 11; **L. Brammer**, Hartengrube 46; **B. Niebuhr**, Schützenstraße 32a; **G. Weiland**, Königstraße 72.

An der Abendkasse erhöhte Preise.

Grosser Räumungs-Ausverkauf

zu unerreicht billigen Preisen.

Ein Posten **Jackett-Anzüge**, sonst 25—40, jetzt **13.50** Mk.
Ein Posten **Kammgarn-Hosen**, sonst 13—16, jetzt **5.50** Mk.
Ein Posten **Winter-Paletots**, sonst 18—22, jetzt **9.50** Mk.
Ein Posten **Lodren-Joppen**, sonst 6—8, jetzt **3.50** Mk.
Ein Posten **Knaben-Anzüge**, sonst 5—8, jetzt **2.50** Mk.
Ein Posten **Knaben-Hosen**, sonst 1—2, jetzt **0.55** Mk.
Ein Posten **Barchend-Hemden**, sonst 1.70, jetzt **0.80** Mk.

Mützen 10 Pfg. —— Kravatten 10 Pfg.

Ein großer Posten **Herren-Hosen** Artikel „Horst" eisenfest, sonst **5.50** Mk. jetzt **2.20** Mk.

Sämtliche Arbeiter-Garderoben zu Spottpreisen.

Louis Levy, Klingenberg 5, Ecke Marlesgrube 2u. 4.

Versuchen Sie

„Bona"

schmeckt wie beste **Butter.**

Stets frisch zu haben bei

Otto Burckhardt

Beckergrube 24.

Spezialhaus für Margarine.

Von heute ab Ausverkauf in Gemüsekonserven.

Nur kleinere Pöste, deshalb bald vergriffen.

Erbsen, sonst 2 Pfund-Dose 60, jetzt **48** Pf., 1 Pfund sonst 40, jetzt **32** Pf.
Brechspargel, sonst 2 Pfd-Dose 85 Pf., jetzt **75** Pf., 1 Pfd sonst 55 Pf, jetzt **45** Pf.
Abschnittspargel, 2 Pfd-Dose 65 Pf., jetzt **55** Pf, 1 Pfd. sonst 48 Pf, jetzt **36** Pf.
Stangenspargel, sonst 2 Pfd-Dose 1 20 Mk, jetzt **95** Pf, 1 Pfd. sonst 65 Pf, jetzt **45** Pf.
Ia. Schweizerkäse Pfund 68 und 60 Pfg.
Kunsttafelhonig, früher 35 Pf, jetzt **29** Pf. per Pfund bei 10 Pfund ausgewogen 2,80 Mk.
Geräucherter Lachs Pfund **95** Pf.

Ausgabe von Rabattmarken.

Otto Burckhardt, Beckergrube 24.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.